

Arbeit und Lebensstandard – eine Einführung

Heinz Faßmann, Britta Klagge und Peter Meusburger

Die enge Verknüpfung von Arbeitsmarkt und Lebensstandard zeigt sich in der täglich wahrnehmbaren Erfahrung, wonach für die Mehrheit der Bevölkerung ein kontinuierliches Einkommen über eine Erwerbsarbeit gesichert wird und diese wiederum einen sozial bestimmten materiellen Lebensstandard sichert. Umgekehrt führt der Verlust der Erwerbsarbeit zu einer Gefährdung des kontinuierlichen Zuflusses von Einkommen in einer bestimmten Höhe und damit zu einer Gefährdung der bisherigen Lebensführung. In der Realität ist dieser Zusammenhang allerdings komplexer. Viele Einkünfte wie Kapitalzinsen, Mieteinnahmen, Sozialhilfe oder andere Transfereinkommen sind auch ohne Erwerbsarbeit erzielbar, erfolgen nach Beendigung der Erwerbsarbeit (Renten, Pensionen) oder werden über intergenerationale Transfers weitergegeben (Erbe, Schenkung). Der rote Faden, der die einzelnen Beiträge dieses Bandes verbindet, orientiert sich dennoch an der Triade von Erwerbsarbeit, Einkommen und Lebensstandard.

Historischer Rückblick

Der Band „Arbeit und Lebensstandard“ greift ein Thema auf, das die politische Diskussion der vergangenen Jahre beherrscht hat. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahren durch eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, und alle bisherigen Versuche, diese signifikant zu reduzieren, sind fehlgeschlagen. Ganz im Gegenteil: Anfang der 1990er Jahre (1992) und damit nach der Wiedervereinigung waren in Deutschland rund 37 Mio. Personen erwerbstätig und fast 3 Mio. arbeitslos. Zehn Jahre später (2002) hatte sich die Zahl der Arbeitslosen auf über 4 Mio. (Jahresdurchschnitt) erhöht, während die Beschäftigung auf 36,5 Mio. zurückgegangen war. Im Jahr 2004 befanden sich 4,4 Mio. in einer registrierten Arbeitslosigkeit, die Zahl der Erwerbstätigen lag bei 35,6 Mio.

den sich 4,4 Mio. in einer registrierten Arbeitslosigkeit, die Zahl der Erwerbstätigen lag bei 35,6 Mio.

Von der Nachkriegsarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung

Anfang der 1950er Jahre lag die Arbeitslosenquote in Westdeutschland bereits einmal deutlich über 10% (1950: 11%), dann ging sie aber kontinuierlich zurück. Ende der 50er Jahre wurde ein Niveau erreicht, das aus ökonomischer Sicht einer Vollbeschäftigung entspricht. In den 1960er Jahren betrug die Arbeitslosenquote weniger als 1%, der Arbeitsmarkt war „ausgetrocknet“, und ohne die gezielte Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften wäre das Wirtschaftswachstum deutlich geringer ausgefallen. Der Arbeitsmarkt war damals anbotsrestringiert; die Nachfrage nach Arbeitskräften überstieg das Angebot.

Die 1960er Jahre waren nicht nur durch rasches Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Prosperität gekennzeichnet, es waren auch die Jahre hoher Heirats- und Geburtenziffern. Der Baby-Boom setzte in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre ein, erreichte Anfang der 1960er Jahre seinen Höhepunkt, um dann ab Mitte der 1960er Jahre wieder relativ rasch abzusinken. Der Geburtenreichtum führte dazu, dass viele Frauen den Arbeitsmarkt wieder verließen und sich um die Erziehung der Kinder kümmerten. Auch das trug zum Sinken der Arbeitslosenquote, zum Rückgang des Arbeitskräfteangebots und zur kompensatorischen Zuwanderung bei.

Das Ende der Vollbeschäftigung

Anfang der 1970er Jahre änderte sich die Situation grundsätzlich. Mit dem ersten Erdölpreisschock setzte eine ungünstige konjunkturelle Entwicklung ein, und Mitte der 1970er Jahre stiegen die Arbeitslosenquoten wieder signifikant an. Nach dem Ende 1973 von der Bundesregierung verhängten Anwerbestopp wurden kaum noch zusätzliche ausländische Arbeitskräfte aus den Gastarbeiterherkunftsländern auf dem deutschen Arbeitsmarkt zugelassen, und ein Teil der Gastarbeiter kehrte in ihre Herkunftsländer zurück. Zugleich gewannen jedoch andere Formen der Migration an Bedeutung: allen voran der Nachzug von Ehepartnern und minderjährigen Kindern sowie seit Mitte der 1980er Jahre auch die Zuwanderung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Umsiedlern und Vertriebenen (vor allem aus dem Balkan) (dazu ▶▶ Beiträge Swiaczny, Mammy/Swiaczny und Wendt, Bd. 4, S. 128 ff.).

Eine kurzfristige Erholung erlebte die Wirtschaft der Bundesrepublik nochmals Ende der 1970er Jahre, bevor der so genannte zweite Erdölpreisschock abermals



Der so genannte Generationenvertrag besagt, dass die heute Berufstätigen durch ihre Beiträge die Rente der Älteren finanzieren – in der Erwartung, dass die kommende Generation dann künftig die Renten für sie aufbringt.

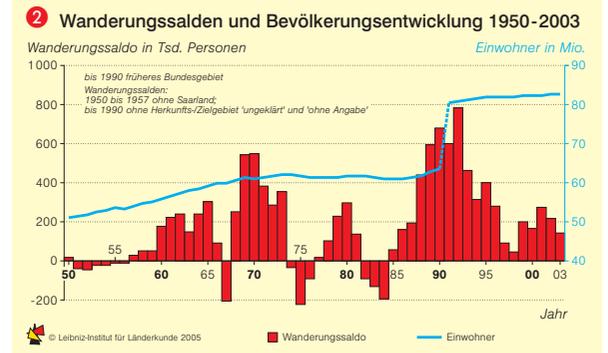
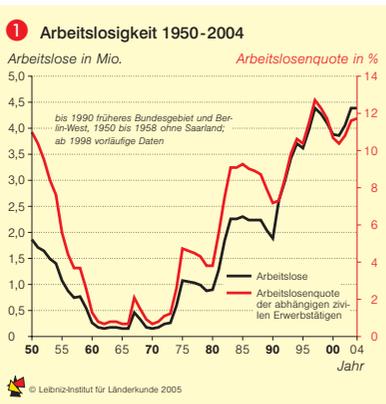
eine Rezessionsphase einleitete. Die Arbeitslosigkeit nahm Anfang der 1980er Jahre rapide zu, und sie wäre noch um vieles stärker angestiegen, wenn es aufgrund der Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte nicht zu einer Reduktion des Arbeitskräfteangebots gekommen wäre. Gleichzeitig erreichten jedoch die Baby-Boom-Jahrgänge der 1960er Jahre das Erwerbsalter und erhöhten das Arbeitskräfteangebot. In der Summe kam es zu einem wachsenden Arbeitskräfteangebot, für das keine ausreichende Nachfrage von Seiten der Arbeitgeber vorhanden war, und die Arbeitslosenquote stieg Ende der 1980er Jahre auf mehr als 8%. Der deutsche Arbeitsmarkt war nun nicht mehr anbots-, sondern nachfragerestrikt.

Arbeitslosigkeit und Wiedervereinigung

Der deutschen Wiedervereinigung 1990 folgte ein Niveausprung der Arbeitslo-

senquote. Innerhalb weniger Jahre stieg die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote von 7% (1991) auf 13% (1997) an. Die wesentliche Ursache hierfür war der massive Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie und in der Landwirtschaft, der durch das Arbeitsplatzwachstum im Dienstleistungssektor nicht oder nur teilweise ausgeglichen wurde (▶▶ Beitrag Plattner, S. 34). Vor dem Hintergrund eines nun offenen Marktes, einer verstärkten internationalen Arbeitsteilung sowie eines globalen Wettbewerbs wurden insbesondere in den neuen Ländern Produktionen aufgelassen und ausgelagert, oder die Produktivität wurde deutlich erhöht.

Zwischen 1990 und 1996 verringerte sich die Zahl der Beschäftigten in der Industrie in den alten Ländern um 12,3% und in den neuen Ländern um fast die Hälfte (48,8%). Während die Gesamtbeschäftigung in den westlichen Ländern stagnierte (-0,2%), ging in den



neuen Ländern rund ein Drittel aller Arbeitsplätze verloren, was in etwa auch den Entwicklungen in den anderen Transformationsländern entspricht. Ein Kennzeichen der DDR – das sich in dieser Phase zum Nachteil auswirkte – bestand allerdings darin, dass zum Zeitpunkt der Wende noch viel mehr Frauen in der (nicht mehr wettbewerbsfähigen) Industrie beschäftigt waren als beispielsweise in Ungarn, wo der tertiäre Sektor schon in kommunistischer Zeit einen wesentlich höheren Anteil ausmachte und deshalb Frauen nach der Wende in geringerem Maße aus der Erwerbsarbeit verdrängt wurden.

Arbeitslosigkeit: regionale Verteilung, Ursachen und Betroffenheit

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Abbau der Arbeitslosigkeit **7** gehören zu den wichtigsten Aufgaben der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Dies gilt nicht nur für die neuen Länder, sondern auch für viele westdeutsche Regionen.

Regionale Schwerpunkte

Das regionale Muster der Arbeitslosigkeit weist in den westdeutschen Regionen noch immer ein Nord-Süd-Gefälle auf (► Beitrag Fuchs, S. 42). Die niedrigsten Quoten von weniger als 7% waren im April 2005 fast ausschließlich in Bayern, speziell in Südbayern, und in Baden-Württemberg sowie im Taunus zu finden, die höchsten von 17% und mehr vor allem in Nordrhein-Westfalen, speziell im Ruhrgebiet, sowie in norddeutschen Großstädten und in den Städten im Norden Bayerns. Die Kreise Erding und Eichstätt, nördlich von München, wiesen die niedrigsten Werte Deutschlands auf; mit knapp 5% Arbeitslosen können sie nahezu eine Vollbeschäftigung vorweisen, während strukturschwache Regionen in Norddeutschland (Wilhelmshaven, Kiel, Flensburg, Bremerhaven), in Hessen (Kassel) und in Rheinland-Pfalz (Pirmasens, Kaiserslautern) weit davon entfernt waren. Den höchsten Wert hat die kreisfreie Stadt Gelsenkirchen mit 27,4%. Innerhalb Westdeutschlands zeigt sich auch heute noch ein räumliches Muster der Arbeitslosigkeit, das sich lange vor der deutschen Wiedervereinigung herausgebildet hatte. Allerdings steigt inzwischen die Arbeitslosigkeit auch in solchen südlichen Regionen stark an, die weit von den Metropolen entfernt liegen und selbst keine ausgeprägten Wachstumspole aufweisen, wie z.B. Freyung, Hof, Lichtenfels, Kulmbach oder Coburg.

Innerhalb Ostdeutschlands variieren die regionalen Arbeitslosenquoten 2005

zwischen 14% und 32%. Der Kreis Jena mit dem besten ostdeutschen Wert (14,2%) liegt auf dem 266. Rang der 439 Kreise; von den 87 Land- und Stadtkreisen, die Arbeitslosenquoten von mehr als 20% haben, befinden sich lediglich noch 8 in Westdeutschland. Besonders ungünstig ist die Arbeitsmarktlage dort, wo auf der einen Seite der Rückgang der Industrie und der Landwirtschaft für einen Wegfall vieler Arbeitsplätze gesorgt hat und auf der anderen Seite kein wachsender Dienstleistungssektor diese Verluste aufgefangen hat. In den vormpommerschen Kreisen Demmin und Uecker-Randow befindet sich die Arbeitslosigkeit fast ein Drittel der Erwerbstätigen, und selbst in Leipzig, Halle oder Rostock fast ein Viertel.

Für die Beurteilung der regionalen Arbeitslosigkeit und ihrer Entwicklung in der Zukunft (vgl. Prognose des BBR 2005 **3**) ist auch deren Dynamik wichtig. Entscheidend ist die Frage, ob es sich bei einer hohen Arbeitslosigkeit um eine friktionelle Sucharbeitslosigkeit oder um eine strukturell verursachte und daher langfristige Arbeitslosigkeit handelt. Die Zerlegung der Arbeitslosenquote in zwei Komponenten, die Zugangs- und die Verbleibskomponente, kann darüber Aufschluss geben. Regionen mit einer hohen Arbeitslosigkeit, die sich auf viele Arbeitslosigkeitsepisoden mit kurzer Laufzeit verteilt, sind regionalpolitisch beurteilt in einer günstigeren Situation als Regionen mit geringerer individueller Betroffenheit, aber langen Verbleibsdauern (► Beitrag Amend/Hirschenauer, S. 46). Bei einer solchen Differenzierung zeigt sich erneut, dass Langzeitarbeitslosigkeit in Ostdeutschland ein großes und flächendeckend auftretendes Problem darstellt, während die westdeutschen regionalen Arbeitsmärkte durch stark differenzierende Arbeitslosigkeitsdauern und Zugangsquoten gekennzeichnet sind, denen unterschiedliche Konstellationen zu Grunde liegen, so dass Saisonarbeitsmärkte, Arbeitsmärkte in Altindustrieregionen, dynamische urbane Arbeitsmärkte u.a.m. unterschieden werden können.

Vielfältige Ursachen

Bei der Diskussion über die Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit darf nicht monokausal argumentiert werden. Vielmehr spielen je nach räumlichem Kontext viele Faktoren zusammen, die das Arbeitskräfteangebot bzw. die Nachfrage nach Arbeitskräften verändern. Die konjunkturelle Entwicklung, die Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Regionen oder ins Ausland und die Erhöhung der Produktivität beeinflussen maßgeblich die Arbeitskräftenachfrage.

Das Arbeitskräfteangebot wiederum wird durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte, durch die Kohortenstärke der auf den Arbeitsmarkt gelangenden Schulabgänger sowie durch die Erwerbsbereitschaft der erwerbsfähigen Bevölkerung geprägt. Dazu kommen politische Regulationen wie Änderungen des Rentenrechts, der Schulpflicht oder der Besteuerung, die u.a. die Erwerbsbereitschaft beeinflussen.

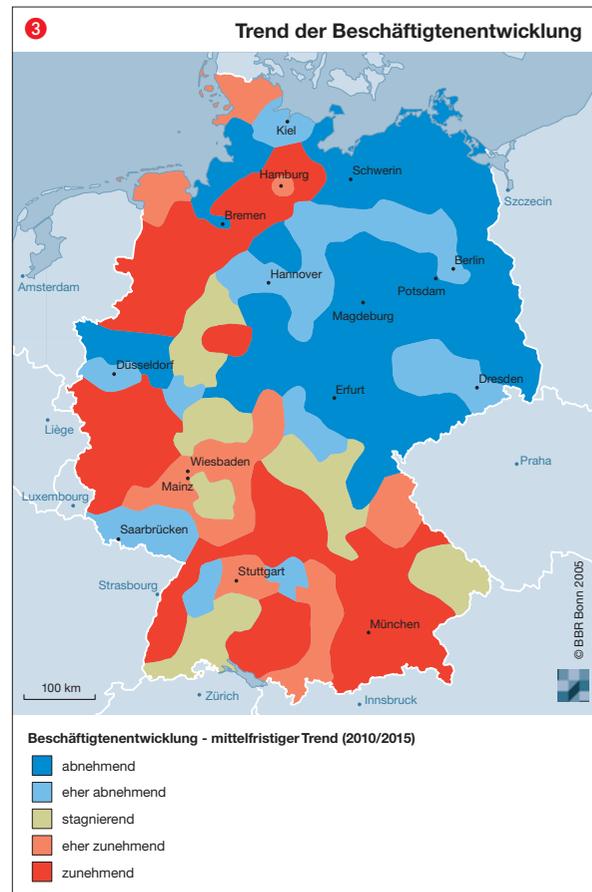
Das Arbeitskräfteangebot und die Nachfrage verändern sich darüber hinaus auch nicht linear in die eine oder andere Richtung, sondern zyklisch als Folge konjunktureller und demographischer Entwicklungen sowie politischer Entscheidungen. Längerfristige Prognosen sind damit ebenso schwierig wie die Bereitstellung von „Patentrezepten“ gegen die Arbeitslosigkeit, die in allen räumlichen Kontexten Gültigkeit haben.

Schließlich kommt ein selbstverstärkender Effekt von Arbeitslosigkeit hinzu, der auch als Hysteresis bezeichnet wird. Wer einmal arbeitslos ist, der hat immer größer werdende Schwierigkeiten, den Weg in ein „Normalarbeitsverhältnis“ zu finden. Langzeitarbeitslose



Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie ist in einigen Regionen Deutschlands dramatisch zurückgegangen.

finden mit ansteigender Dauer der Arbeitslosigkeit immer seltener eine Erwerbsarbeit, weil sich ihre „Employability“ real oder auch nur vermeintlich verschlechtert. Sie verlieren den Anschluss an die Entwicklungen in der Arbeitswelt, ihre Qualifikationen und Fähigkeiten verkümmern. Sie gelten als „Sozialfälle“, die lange Arbeitslosigkeit wird als erschwerte Vermittelbarkeit interpretiert, und Arbeitgeber scheuen →





Schwerbehinderte Menschen haben es besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt.

sich, das „Wagnis“ einzugehen, Langzeitarbeitslose einzustellen. Arbeitslosigkeit produziert Arbeitslosigkeit (► Beitrag Fuchs, S. 42). Eine wichtige Funktion der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist deshalb u.a., diesen zirkulären Prozess durch verschiedene Maßnahmen aufzubrechen (► Beitrag Gohrbandt/Weiss, S. 68).

Betroffenheit

Schließlich ist die Frage nach der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit wichtig. Wer ist in erster Linie arbeitslos,

und wer muss die Folgen ungleicher Angebots- und Nachfragerelationen in Form von Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung übernehmen? Die Antwort ist – analog zu den Ursachen – differenziert zu geben.

Die Verteilung der Arbeitslosen nach dem Geschlecht zeigt, dass trotz des massiven Rückbaus der Industrie und der Expansion des Dienstleistungssektors die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern mehrheitlich „weiblich“ ist (► Beitrag Fuchs, S. 42). Über 55% aller als arbeitslos registrierten Einwohner der neuen Länder sind Frauen, in den alten Ländern sind es nur 43%. Dies hängt u.a. mit dem spezifischen Erwerbsverhalten von Frauen in den neuen Ländern zusammen 4. Auf den hohen Anteil an weiblichen Arbeitskräften in der Industrie der DDR wurde schon hingewiesen. Die von Kindheit an erfolgte Sozialisierung in eine eigene Erwerbstätigkeit wird unter dem Eindruck einer geänderten Arbeitsmarktsituation nicht von heute auf morgen aufgegeben. Dazu kommt, dass in Zeiten abnehmender Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen der Verteilungskampf härter wird und die Arbeitsmärkte deutliche Schließungstendenzen aufweisen. Dies betrifft auch oder besonders Frauen, die – so meinen einige – sich wieder auf ihre traditionellen Rollen in Familie und Haushalt besinnen und aus dem Beschäftigungssystem ausscheiden sollten.

Die Tendenz zur Schließung führt auch dazu, dass Pflichtschulabsolventen und Berufseinsteiger schwer in das Beschäftigungssystem integriert werden. Der Anteil arbeitsloser Jugendlicher steigt damit an (► Beitrag Bode/Burdack, S. 48). Insbesondere in den neuen Ländern ist die altersspezifische Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen hoch und liegt deutlich über den Werten der alten Länder. Ähnlich ist die Situation bei den über 55-Jährigen. Wer in diesem Alter seinen Arbeitsplatz verloren hat, der hat nur wenige Chancen, wieder einen zu finden. Die Arbeitslosigkeit der über 55-Jährigen ist in den neuen Ländern noch höher als in den alten Ländern (► Beitrag Bogai/Hirschensauer, S. 78).

Die Schließung der Arbeitsmärkte betrifft aber auch andere Bevölkerungsgruppen, an die man nicht sofort denkt. Behinderte Erwerbstätige haben in der Regel große Probleme, einen Arbeitsplatz zu finden. Der Gesetzgeber hat daher zur Unterstützung festgelegt, dass in Betrieben mit 20 oder mehr Mitarbeitern eine Quote von 5% aller Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen ist. De facto wird aber nur eine Quote von 3,8% erzielt. Unternehmen bevorzugen die Zahlung einer Ausgleichsabgabe, anstatt Schwerbehinderte einzustellen. Eine unterdurchschnittliche Quote ist mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern

vor allem in den östlichen Ländern festzustellen (► Beitrag Neumann, S. 96).

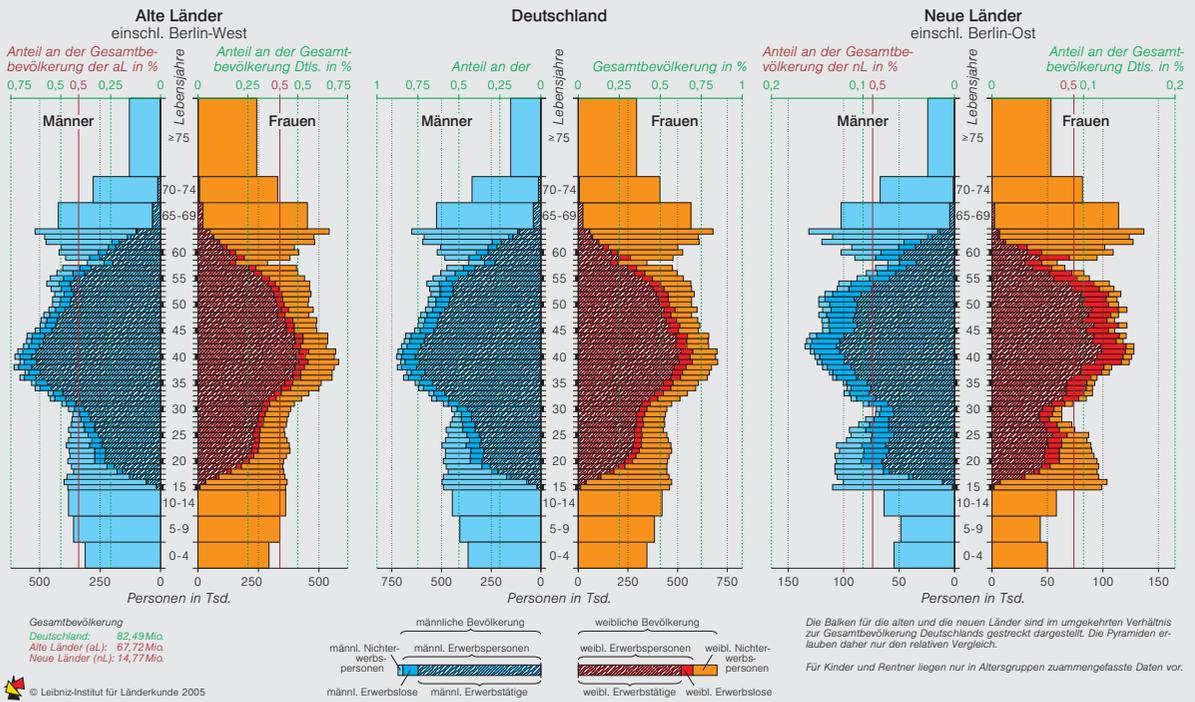
Bedeutungsgewinn der Erwerbsarbeit

Es gehört zu den Widersprüchen der Zeit, dass auf der einen Seite die Arbeitslosigkeit und auf der anderen Seite die Bedeutung der Erwerbsarbeit in Form steigender Erwerbsquoten zunehmen 6.

Arbeit in der Erwerbsgesellschaft

Die (entlohnte) Erwerbsarbeit stellt nach wie vor nicht nur die wichtigste Instanz für die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands dar, sondern ist außerdem zentral für die gesellschaftliche Anerkennung und damit auch für das Selbstwertgefühl vieler Menschen. Sie strukturiert das Leben des Einzelnen, sichert sein Einkommen und definiert seine soziale Position. Die Erwerbstätigkeit hat alle vormodernen Formen der sozialen Positionierung wie Abstammung oder ethnische Zugehörigkeit weitgehend verdrängt. Für die meisten Menschen ist sie das

4 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im März 2004 nach Geschlecht und Altersgruppen



Glossar

(angelehnt an die Definitionen des Statistischen Bundesamtes, StBA 2003b u. 2005; für die vollständigen gesetzestabigen Definitionen siehe dort.)

Abhängige, abhängig Beschäftigte – Angestellte, Arbeiter, Beamte und Auszubildende

Altersarbeitslosigkeit – Arbeitslosigkeit der 55- bis 64-Jährigen

Arbeitnehmer – Arbeiter, Angestellte, Beamte, Richter, Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistende, Auszubildende, Praktikanten oder Volontäre, Heimarbeiter und geringfügig Beschäftigte

Arbeitsagenturbezirke, Agenturbezirke – ehemals Arbeitsamtsbezirke; 176 Raumeinheiten, die die Bundesagentur für Arbeit als regionale Arbeitsmärkte abgegrenzt hat

Arbeitsamt, Arbeitsagentur (BA) – seit 1.1.2004 Bundesagentur für Arbeit

Arbeitsamtsbezirk – bis zum 31.12.2003 gültige Bezeichnung für Arbeitsagenturbezirke

Arbeitslose – Personen ohne Arbeitsverhältnis, abgesehen von einer geringfügigen Beschäftigung, die sich als Arbeit Suchende beim Arbeitsamt gemeldet haben; Arbeitslose, die vorübergehend geringfügig Beschäftigungen ausüben, zählen auch zu den Erwerbstätigen.

Arbeitslosenanteil – Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen

Arbeitslosengeld I – Leistung der staatlichen Arbeitslosenversicherung im Fall der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosengeld II – seit 1.1.2005 die staatliche Grundsicherung für erwerbslose Personen

Arbeitslosenhilfe – Unterstützung für Bedürftige nach Ablauf der Geltungsdauer des Arbeitslosengeldes; seit 1.1.2005 überführt in das Arbeitslosengeld II

Arbeitslosenquote – Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen

Arbeitslosigkeit – Gesamtmaß für Zahl und Anteil der Arbeitslosen in der Gesellschaft; umgangssprachlich alle Arbeitslosen, nicht nur die registrierten

Arbeitsmarkt, erster Arbeitsmarkt – Angebot und Nachfrage von Arbeitsplätzen des privaten und öffentlichen Sektors

Arbeitsmarktregion – von der Bundesraumordnung ausgewiesene 271 Raumeinheiten, die auf Pendlereinzugsbereichen basieren

Bedarfsgemeinschaft – alle Personen eines Haushalts, d.h. die Eltern bzw. ein Elternteil eines minderjährigen, unverheirateten und erwerbsfähigen Kindes und der im Haushalt lebende Partner dieses Elternteils sowie die minderjährigen, unverheiratete Kinder, nicht dagegen im Haushalt lebende volljährige Kinder; relevant für den Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (vgl. SGB II)

Berufstätigkeit – einem Beruf nachgehen; kein behördlicher Fachterminus

Beschäftigte – Beschäftigungsfälle aus der Betriebsmeldestatistik, i.d. Regel sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Beschäftigung – einzelnes Arbeitsverhältnis; eine Person kann mehrere Beschäftigungen haben

Bundesagentur für Arbeit (BA) – staatliche Behörde für die Vermittlung von Arbeitsplätzen und Träger der Grundsicherung der arbeitsfähigen Bevölkerung

Eingliederungsquote – Anteil der Arbeitslosen eines bestimmten Zeitraums, der wieder in ein Arbeitsverhältnis eintritt

Erwerbsalter – 15 bis 64 Jahre

Erwerbsarbeit – bezahlte Arbeit im Gegensatz zu ehrenamtlicher Arbeit

Erwerbsbeteiligung – Maß für Anteil der Bevölkerung, der im Erwerbsprozess steht, ausgedrückt durch die Erwerbsquote

Erwerbsfähige – Personen im Alter von 15-64 Jahren

Erwerbslose – Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen und sofort für den Arbeitsmarkt verfügbar sind, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind oder nicht

Erwerbspersonen – über 14-jährige Personen mit Wohnsitz in Deutschland, die eine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Erwerbstätige plus Arbeitslose)

Erwerbsquote, Erwerbspersonenquote – Anteil der Erwerbspersonen an den Erwerbsfähigen; Maß für die Erwerbsbeteiligung

Erwerbsstatus – Unterscheidung nach Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen

Erwerbstätige – alle Personen, die einer oder mehrerer Erwerbstätigkeiten nachgehen, inkl. Auszubildende, Soldaten, Zivildienstleistende, mithelfende Familienangehörige, Freiberufler und Selbstständige, nicht aber ehrenamtlich Tätige; die Statistik unterscheidet Selbstständige, mithelfende Familienangehörige und Abhängige und zählt diese i.d. Regel am Wohnort; zählt man nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, werden ca. 11 Mio. Personen nicht berücksichtigt (Mikrozensus 2004).

Erwerbstätigenquote – Anteil der Erwerbstätigen an den Erwerbspersonen

Frauerwerbsquote – Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an allen weiblichen Erwerbsfähigen

Freiberufler, freiberuflich Tätige – Selbstständige, die kein Gewerbe ausüben und deren Einkommen oder Honorar meist nach einer Gebührenordnung abgerechnet werden (Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Künstler, Journalisten u.Ä.)

geringfügige Beschäftigung – Beschäftigungen mit einem Arbeitsentgelt bis zu 400 Euro im Monat (gültig seit 1.4.2003), die auf regelmäßig weniger als 15 Stunden in der Woche oder längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage innerhalb eines Jahres begrenzt sind; geringfügig Beschäftigte gelten als Teilzeitbeschäftigte (vgl. § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV).

Greencard (deutsche) – Genehmigung für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte der IT-Branche zur Arbeit in Deutschland; formal eine Vorstufe zur auf 5 Jahre befristeten Arbeiterlaubnis für nicht-EU-Bürger

Hartz IV – viertes Gesetz, das nach den Vorschlägen der Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt unter Leitung von Peter Hartz erarbeitet wurde; seit 1.1.2005 in Kraft getreten

Haushalt – jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft; wirtschaftlich unabhängige Personen in derselben Wohnung gelten als eigener Haushalt (z.B. Rente beziehende Großeltern); bei Bedürftigkeit gilt die Definition der Bedarfsgemeinschaft.

Ich-AG – von der BA über maximal 3 Jahre geförderte Form der Selbstständigkeit als Weg aus der Arbeitslosigkeit

Job – nicht sozialversicherungspflichtige geringfügige Beschäftigung von nicht berufsmäßig Tätigen, z.B. Schülern

Langzeitarbeitslose – registrierte Arbeitslose, die länger als 1 Jahr arbeitslos sind

Mikrozensus – Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, die jährlich mit 1% der Bevölkerung durchgeführt und anschließend auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet wird; jährlich wird ein Viertel der Erhebungseinheiten (Haushalte) ausgetauscht.

mithelfende Familienangehörige – Personen, die in einem Betrieb, der von einem Familienangehörigen selbstständig geleitet wird, mithelfen, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu erhalten und ohne dass für sie Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden

Nichterwerbspersonen – Personen, die keine auf den Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen, inkl. der nicht sofort für den Arbeitsmarkt verfügbaren Arbeit Suchenden

regionaler Arbeitsmarkt – Angebots- und Nachfragerelation von Arbeitsplätzen innerhalb einer Region

Selbstständige – Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte als Eigentümer oder Pächter leiten, sowie alle freiberuflich Tätigen

Selbstständigengquote – Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen

Sockelarbeitslosigkeit – Bezeichnung für den Teil der Arbeitslosigkeit, der dauerhaft verfestigt ist und keiner Fluktuation unterliegt

Sozialgeld – staatliche Fürsorgeleistung zur Grundsicherung von Personen, die über keine eigenen Einkommen verfügen, nicht erwerbsfähig sind und in einer Bedarfsgemeinschaft mit Empfängern von ALG II leben

Sozialhilfe – laufende Hilfe zum Lebensunterhalt; staatliche Transferleistung für Hilfsbedürftige, die über kein eigenes Einkommen verfügen; seit 1.1.2004 erhält ein Großteil des früheren Empfängerkreises Arbeitslosengeld II und Sozialgeld; weiterhin Sozialhilfe erhalten unterstützungsbedürftige nicht erwerbsfähige Menschen, die nicht in einer Bedarfsgemeinschaft mit ALG II-Empfängern leben.

Sozialhilfequote – Anteil der Bevölkerung, der Sozialhilfe erhält

sozialversicherungspflichtig (sv) Beschäftigte – alle Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, die in der gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflege- und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind

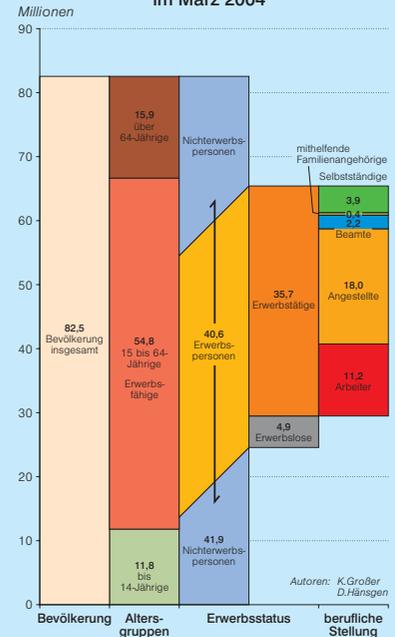
strukturelle Arbeitslosigkeit – Arbeitslosigkeit, die das Resultat grundlegender Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur ist

Teilzeitarbeit – Beschäftigung, die im Wochen- oder Monatsdurchschnitt kürzer ist als die eines vergleichbaren vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers im jeweiligen Betrieb

Teilzeitquote – Anteil von Teilzeitarbeitenden an allen Beschäftigten eines Betriebes bzw. an allen Erwerbstätigen oder an allen sv Beschäftigten

Telearbeit – Arbeitsformen unter Nutzung raum- und zeitüberbrückender Medien der IuK-Technologie; i.d. Regel

5 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im März 2004



© Leibniz-Institut für Länderkunde 2005

häusliche Telearbeit, bei der Beschäftigte mittels IuK-Techniken einen Teil ihrer Arbeit oder die gesamte Arbeit für einen Betrieb zu Hause erledigen

Transferinkommen – Teil des Einkommens, der aus staatlicher Umverteilung resultiert

Transferleistungen – staatliche Zuteilungen aus der Arbeitslosenversicherung oder aus Umverteilungsmitteln für Hilfsbedürftige

Unterbeschäftigung – registrierte Arbeitslosigkeit zuzüglich der Personen, die durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beschäftigt sind

Unterbeschäftigtenquote – Anteil der Unterbeschäftigten an allen Erwerbsfähigen

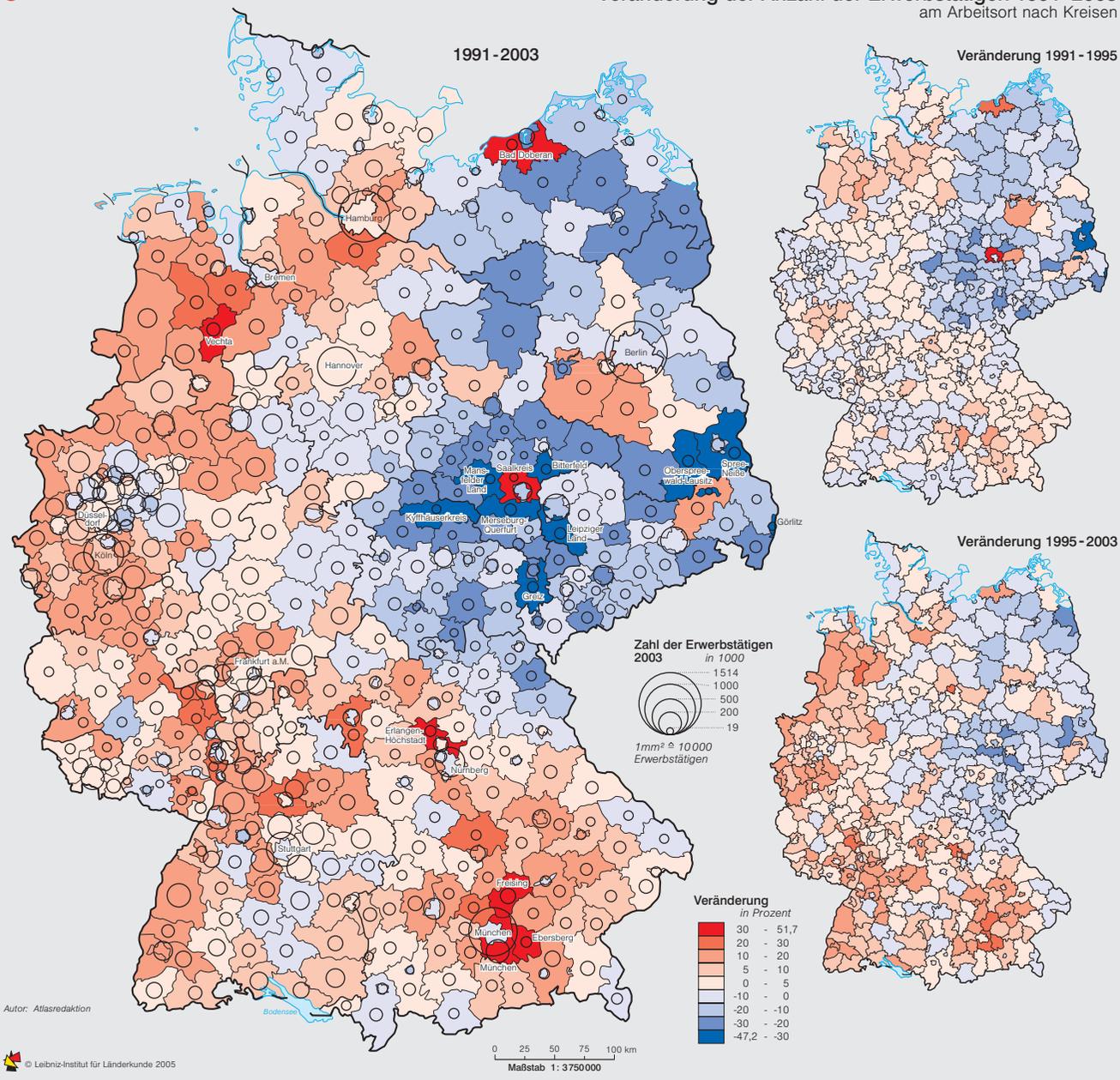
versteckte Erwerbslosigkeit – Anteil der Arbeit suchenden Bevölkerung, der in Arbeitsbeschaffungs-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen beschäftigt ist oder sich nicht arbeitslos meldet, da er keinen Anspruch auf Lohnersatzleistungen hat, wie Schulabgänger, Universitätsabsolventen oder Hausfrauen

Vollbeschäftigung – gesellschaftlicher Zustand, bei dem die Arbeitslosigkeit so gering ist, dass sie nur eine Momentaufnahme der normalen Fluktuation darstellt (1-3%)

Zeitarbeit – Arbeitsverhältnis, das über einen Zwischenstufen zustande kommt, der eine Arbeitskraft zeitweise (maximal für 2 Jahre) an einen anderen Arbeitgeber „vermietet“ (auch Leiharbeiter)

zweiter Arbeitsmarkt – staatlich subventioniertes Angebot an Arbeitsplätzen

Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen 1991-2003 am Arbeitsort nach Kreisen



wesentliche strukturierende Element im individuellen Lebensablauf und im gesellschaftlichen Gefüge. Darüber können auch die Diskussionen über die Bedeutung der unbezahlten Arbeit nicht hinwegtäuschen. Zwar besteht die Arbeit in der Familie und auch die gemeinnützige Arbeit bzw. das Ehrenamt heute anders wahrgenommen und haben an gesellschaftlicher Wertschätzung

wieder gewonnen, doch sind gleichzeitig keine Hinweise auf eine Abwertung der Erwerbsarbeit zu verzeichnen. Auch ist die gesellschaftliche Positionierung jedes Einzelnen zunehmend von der Symbolik der von ihm erworbenen oder nachgefragten materiellen Güter und Dienste abhängig. Die soziale Anerkennung in bestimmten sozialen Gruppen ist ohne eine Orientierung an den dort

vorherrschenden Konsumnormen nicht vorstellbar.

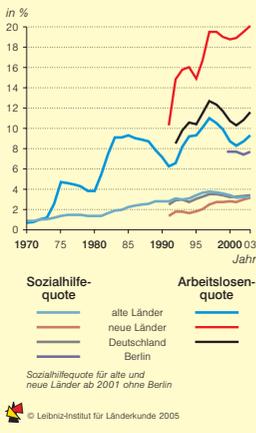
Der im vorliegenden Band konzeptionell verwendete Arbeitsbegriff ist der der Erwerbsarbeit. Für die Definition einer Erwerbsarbeit sind die abtrennbare Arbeitszeit und das aus der Tätigkeit erzielbare Einkommen wesentlich. Hausarbeit, Kindererziehung oder alle Formen der ehrenamtlichen Tätigkeit ent-

sprechen der Bedeutung von „Arbeit“ als Mühe, Last bzw. als zweckgerichtete körperliche oder geistige Tätigkeit, werden aber dennoch nicht als (Erwerbs-) Arbeit eingestuft. Es wäre zwar wünschenswert, wenn alle Formen der Arbeit einschließlich unbezahlter und informeller Tätigkeiten in dem vorliegenden Band Berücksichtigung fänden, aber das ist aufgrund des Fehlens von

Die Feminisierung der Erwerbsarbeit findet auch in bisher stark von Männern dominierten Berufsfeldern statt.



7 Arbeitslosen- und Sozialhilfequote 1970-2003



räumlich differenzierten Daten nicht möglich. Definitionen der vielfältigen Begriffe im gesamten Kontext von Arbeit, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit geben das Glossar (S. 15) und Abbildung 5.

Entwicklung der Erwerbsquoten

Die überragende Bedeutung der Erwerbsarbeit führt dazu, dass ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung grundsätzlich bereit und willens ist, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen (6, 8). Zunehmend gilt für Männer und Frauen gleichermaßen die Norm, nach Abschluss der Schul- und Berufsausbildung erwerbstätig sein zu wollen. Immer geringer wird der Anteil derer, die auch im Haupterwerbsalter von den Einkünften anderer leben (▶ Beitrag Bogai/Hirschenauer, S. 30) (7, 9). Gleichzeitig

führen jedoch zunehmende Qualifikationsanforderungen seitens der Arbeitgeber zu einer Verlängerung der Schulausbildung und zu einer Erhöhung der Schulbesuchsquoten von weiterführenden Schulen. Obwohl viele Jugendliche schon als Schüler erste Erfahrungen mit der Erwerbsarbeit machen (▶ Beitrag Schneider, S. 27), erschwert der anhaltende Lehrstellenmangel für viele die Realisierung des Wunsches nach Ausbildung und noch mehr den Wunsch nach einer Ausbildung im gewünschten Beruf. Warteschleifen, Scheinstudium und verlorene Jahre sind häufig die Folge (▶ Beitrag Bode/Burdack, S. 82), was dazu beiträgt, dass die jungen Menschen in Deutschland immer später in das Beschäftigungssystem eintreten. Noch problematischer sieht dies für ausländische Jugendliche aus (▶ Beitrag Gaebel/Plahuta, S. 100) (10).

Gleichzeitig bewirkt der zunehmende Leistungs- und Kostendruck in den Unternehmen ein Hinausdrängen älterer und auch vergleichsweise teurer Arbeitnehmer aus der Erwerbsarbeit. Eine Folge des Hinausdrängens älterer Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt besteht auch darin, dass das Rentenaltersalter stetig sinkt, was für einen Rückgang der Erwerbsquoten in den höheren Altersgruppen sorgt (▶ Beitrag Bogai/Hirschenauer, S. 78).

Das Erwerbsleben beginnt somit später und endet früher als noch vor wenigen Jahrzehnten. Es wird an den Rändern beschnitten und auf wenige Lebensjahre komprimiert. Dazu kommen die bereits angedeuteten Tendenzen der Schließung von regionalen Arbeitsmärkten, insbesondere dann, wenn die Nachfrage nach neuen Arbeitskräften gering ist und damit nicht für Öffnung sorgt.

Geschlechtsspezifisch zeigt sich ein ähnlich gegenläufiger und widersprüch-

licher Trend. Während die Erwerbsquoten der Frauen und die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen zunehmen, gehen die Erwerbsquoten der Männer und die Zahl der männlichen Erwerbstätigen zurück (▶ Beitrag Besenthal u.a., S. 84).

Damit ist auch eine Tendenz angesprochen, die als Feminisierung der Erwerbsarbeit bezeichnet wird. Hand in Hand mit dem Ausbau eines (Teilzeit-)Arbeitsmarktes für Dienstleistungen hat die Erwerbstätigkeit von Frauen zugenommen (▶ Beitrag Albrecht, S. 54). Diese verstärkte Erwerbsorientierung von Frauen ist einerseits ein selbst bestimmter Prozess. Frauen haben im Bildungsbereich deutlich aufgeholt, und sie verlangen die gesellschaftliche Positionierung, die ihnen zusteht. Wer lange die Schule besucht oder sogar einen akademischen Grad erworben hat, ist in den meisten Fällen nicht mehr bereit, nach dem ersten biographischen Einschnitt, nach der Heirat oder der Geburt eines Kindes, das Erwerbsleben auf Dauer zu verlassen. Auf der anderen Seite werden Frauen aber auch durch veränderte Lebensumstände, durch das Ende der „Versorgungsehe“, durch ein höheres Scheidungsrisiko und ein häufigeres Alleinleben dazu gezwungen, für ihre eigene ökonomische Selbstständigkeit zu sorgen (▶ Beitrag Hafner/Schier, S. 94). Dabei übernehmen sie u.a. Tätigkeiten, die von Männern nicht mehr ausgeübt werden, oder verdrängen Männer, u.a. aufgrund geringerer Lohnkosten, aus ehemals von ihnen dominierten Tätigkeitsbereichen (▶ Beiträge Blättel-Mink/Kramer, S. 88; Kramer/Schmude, S. 92).

Komplexer Strukturwandel der Erwerbsarbeit

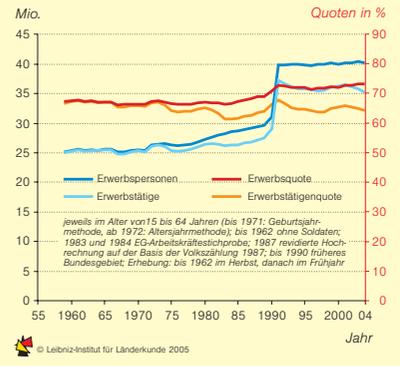
Um das Ausmaß und die Bedeutung der Veränderungen des Erwerbslebens einschätzen zu können, müssen der Anstieg der Arbeitslosigkeit und besonders der Strukturwandel der Erwerbsarbeit grundsätzlich erfasst und konzeptionell im Schnittfeld von Produktion und Gesellschaft platziert werden.

Konzeptionelles Modell

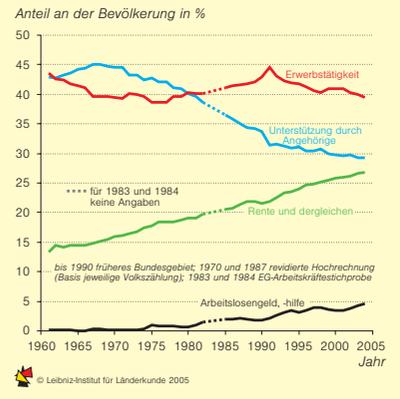
In Anlehnung an den Regulationsansatz müssen die Produktionsphäre und die gesellschaftliche Anpassung als Einheit gedacht werden, deren Elemente sich auf einander beziehen. Änderungen im Produktionsbereich haben Konsequenzen für die gesellschaftliche Verteilung und Strukturierung von Erwerbsarbeit, und umgekehrt haben gesellschaftliche Veränderungen der Wege der Konsumtion, aber auch der politischen Regulierung Auswirkungen auf den Produktionsbereich.

Die Produktion von Waren und Dienstleistungen durch Unternehmen und andere Institutionen steht auf der einen Seite des Modells (12). Arbeitgeber bieten Arbeitsplätze an und fragen Arbeitskräfte nach. Auf der anderen Seite befindet sich die Gesellschaft (im engeren Sinne), die als Anbieter von Arbeit fungiert und potenzielle und reale

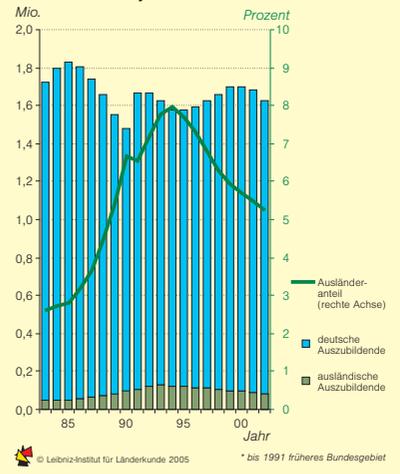
8 Erwerbstätige, Erwerbspersonen und ihre Quoten 1959-2004



9 Überwiegende Quellen des Lebensunterhalts 1961-2004



10 Deutsche und ausländische Auszubildende im dualen System 1983-2002*



Regionale Struktur der Erwerbstätigkeit

Dirk Hänsgen

In Deutschland gab es 2003 27 Mio. Erwerbstätige im tertiären Sektor, 10,4 Mio. im sekundären Sektor und 0,9 Mio. im primären Sektor. Für die Analyse der sektoralen Struktur wird i.d. Regel die Statistik der sozialversicherungspflichtig (sv) Beschäftigten als Datenbasis herangezogen. Die hier vorgenommene räumliche Differenzierung von erwerbsstrukturellen Kreistypen erfolgt dagegen auf Basis der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, die nicht nur die rund 27 Mio. sv Beschäftigten registriert, sondern darüber hinaus auch Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Freiberufler, geringfügig Beschäftigte und sonstige Erwerbsformen erfasst. Auf diese Weise werden über 11 Mio. Personen zusätzlich berücksichtigt, die gerade im primären Sektor aber auch in Teilbereichen des tertiären Sektors quantitativ durchaus ins Gewicht fallen. Im Gegensatz zu der stichtagsgenauen Statistik über die sv Beschäftigten liegen die Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung jedoch nur als Jahresdurchschnittliche Größe nach dem Arbeitsortkonzept vor.

Die Typisierung der Kreise nach dem relativen Anteil der Erwerbstätigen in den drei Wirtschaftssektoren (I Land- und Forstwirtschaft, II Industrie und verarbeitendes Gewerbe, III Dienstleistungen) orientiert sich am nationalen Durchschnitt bzw. der Streuung um diesen Wert. Grundsätzlich zeigt die deutliche Konzentration der Datenpunkte an der Achse des tertiären Sektors, dass der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft weit fortgeschritten ist: 252 der dargestellten 440 Kreise haben einen mindestens 65%igen Erwerbstätigenanteil im tertiären Sektor. Die Landkreise Straubing-Bogen und Dingolfing-Landau sowie die Stadt Potsdam markieren die äußersten bzw. extremsten Werte in dieser Typisierung.

Nur vier Kreise zeichnen sich noch durch einen wesentlichen Anteil an Erwerbstätigen im primären Sektor (**Strukturtyp I**) aus, mit Werten, die über dem Vierfachen des nationalen Durchschnitts liegen. Das Maximum von 12,9% erreicht der Landkreis Straubing-Bogen – ein Wert, bei dem der Bundesdurchschnitt etwa 1961/62 lag. Der Grad der Tertiärisierung von gut 50% in diesem Landkreis entspricht dabei dem Bundesdurchschnitt der frühen 1980er Jahre.

Ebenfalls vier Kreise erreichen die Höchstwerte im sekundären Sektor (**Strukturtyp II**). Der Landkreis Dingolfing-Landau steht, relativ dicht gefolgt von Wolfsburg, mit 60,8% an der Spitze, wobei er gleichzeitig den niedrigsten Tertiärisierungsgrad aller Kreise aufweist. Bestimmend für den hohen Anteil an Erwerbstätigen im sekundären Sektor ist hier die Automobil- und Omnibusproduktion der Firmen BMW und Neoplan sowie die angesiedelte Zulieferindustrie.

Die genau entgegengesetzte Position nimmt die sich zunehmend auf Mediendienstleistungen orientierende Stadt Potsdam mit dem maximalen Anteil von 89,3% Erwerbstätigen im tertiären Sektor bei gleichzeitig geringstem Wert im sekundären Sektor ein. Insgesamt lassen sich 87 Kreise dem durch einen überdurchschnittlichen bis wesentlichen Anteil an Erwerbstätigen des tertiären Sektors geprägten **Strukturtyp III** zurechnen. In der Regel sind dies die großen kreisfreien Städte und Stadtkreise mit ihren zentralen Versorgungs- und Dienstleistungsfunktionen. Teilweise gehören aber auch stark durch den Tourismus geprägte ländliche Kreise wie z.B. Rügen und Garmisch-Partenkirchen dazu.

Die größte Gruppe von Kreisen (117) hat der **Strukturtyp IIIa**, der zugleich dem nationalen Durchschnitt entspricht. Dieser Typ findet sich hauptsächlich in den Ballungsräumen des westlichen bis nordwestlichen Deutschlands, aber auch im Umland von München und Berlin. Der **Mischtyp II/III** tritt mit einer Ausnahme (Emden) nur südlich einer Linie von Osnabrück über Hannover nach Berlin auf. Dieser Strukturtyp zeichnet sich durch einen überdurchschnittlichen Anteil an Erwerbstätigen im sekundären Sektor aus. Er tritt besonders merklich in Teilen Nordrhein-Westfalens, Hessens, Thüringens und Sachsens auf.

In Verbindung mit dem **Strukturtyp IIa** dominiert er besonders auffällig im industriell geprägten Baden-Württemberg. Bayern wird in der Fläche durch die **Strukturtypen I/IIa** und **I/II/III** geprägt, die zwar ebenfalls hohe Werte im sekundären Sektor erreichen aber gleichzeitig mit mehr als dem doppelten Wert des Bundesdurchschnitts auch deutlich überdurchschnittliche Erwerbstätigenanteile im primären Sektor aufweisen.

Im Nordosten Deutschlands findet sich besonders der **Strukturtyp I/IIIa**, der ebenfalls noch deutlich agrarisch beeinflusst ist, bei dem aber die Bedeutung des sekundären Sektors zugunsten des tertiären Sektors verschoben ist. Dabei handelt es sich um die traditionell gering industrialisierten und landwirtschaftlich geprägten Bereiche der neuen Länder sowie die entsprechenden Bereiche in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Vereinzelt ist dieser Strukturtyp auch in Bayern und in den südlichen Gebieten von Rheinland-Pfalz in Kreisen mit Sonderkulturen, speziell Weinbau sowie Fremdenverkehr zu finden. Der ebenso deutlich durch den primären Bereich geprägte **Strukturtyp I/III** hat zusätzlich einen über 75%igen Erwerbstätigenanteil im tertiären Sektor. Da er nur in den küstennahen Bereichen Deutschlands auftritt, ist hier eine deutliche Beeinflussung der Erwerbsstruktur durch den Tourismus zu vermuten.

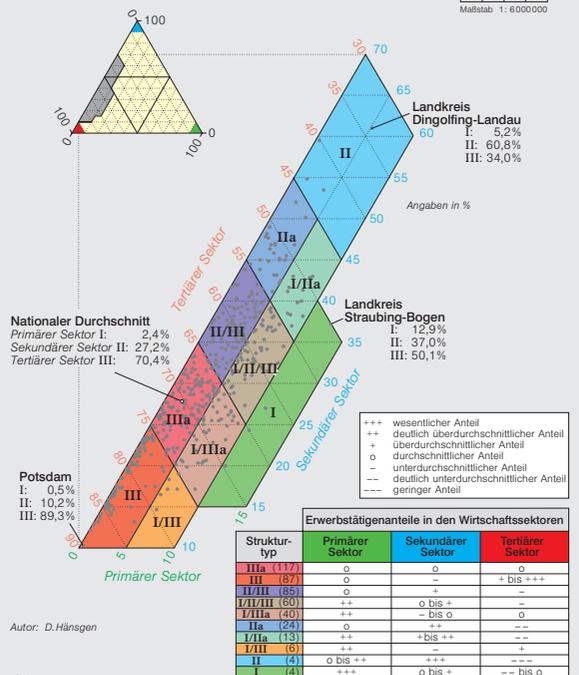
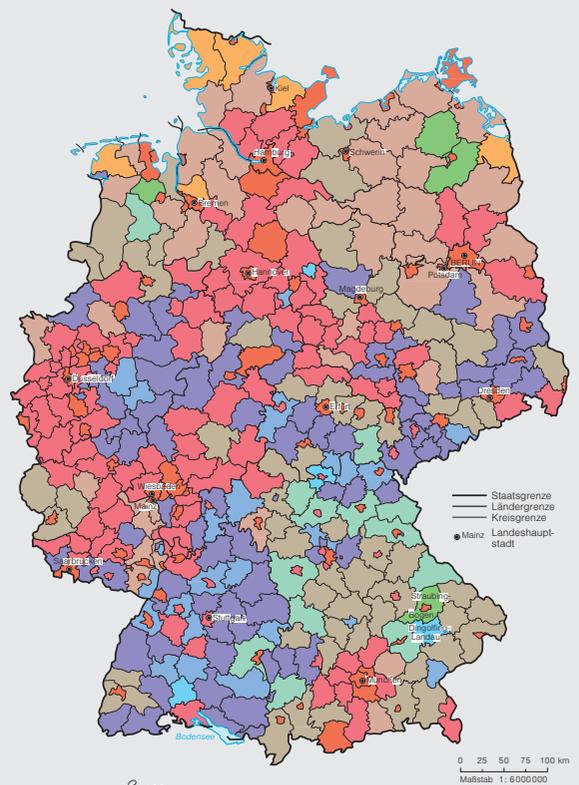
Arbeitskräfte bereitstellt. Durch die Erwerbsarbeit können Unternehmen Umsätze erwirtschaften und Gewinne erzielen, und Arbeitnehmer erhalten Löhne und Gehälter. Erwerbsarbeit sichert damit den Arbeitnehmern Einkommen, ermöglicht einen darauf abgestimmten Lebensstandard, der in weiterer Folge die soziale Platzierung in der Gesellschaft beeinflusst.

Die Bereiche Produktion und Gesellschaft sind eng über Institutionen wie den Staat, Interessensvertretungen und weitere Nichtregierungsorganisationen (NRO, engl. NGO) miteinander verknüpft. Produktion und Gesellschaft benötigen diese Institutionen, die ihre Interessen formulieren, abgleichen und politisch vertreten. Einfache Marktmodelle, die nur Angebot und Nachfrage

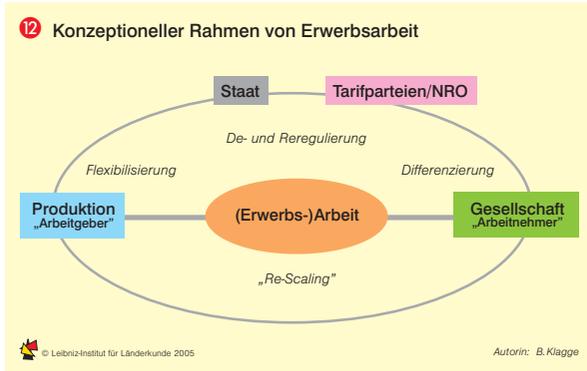
sehen und die regionale Dimension ausblenden, sind daher ungeeignet, denn sie negieren diesen institutionellen Einfluss zur Regulation des Arbeitsmarktes.

Die Institutionen wie beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit, die Gewerkschaften und die Tarifpartner (▶ Beiträge Heeg, S. 64; Fuchs, S. 66) gestalten das Zusammenspiel der Produktionsseite mit der Gesellschaft. Es gibt aber auch andere Faktoren, die sowohl die Erwerbsarbeit als auch die Arbeitslosigkeit direkt oder indirekt strukturieren. Der so genannte technische Fortschritt stellt eine solche Größe dar, die besonders den Produktionsbereich erheblich beeinflussen kann, aber auch eine generelle Bedeutung für den sektoralen Strukturwandel besitzt. Die Technisierung und Rationalisierung in

Erwerbsstrukturelle Kreistypen 2003



12 Konzeptioneller Rahmen von Erwerbsarbeit



der Landwirtschaft und später in der Industrie hatten zur Folge, dass die Produktivität stieg und Beschäftigung für den tertiären Sektor freigestellt werden konnte. (Zum aktuellen Verhältnis der Beschäftigung in den Wirtschaftssektoren ►► Beitrag Hängsen, S. 18 ①).

Die Mehrwertproduktion verlagerte sich vom primären über den sekundären bis hin zum tertiären Sektor. Und auch innerhalb des tertiären Sektors verlagerte sich die Entwicklung von einfachen, oft auch technisch substituierbaren Tätigkeiten hin zu den komplexen, kreativen und nicht automatisierbaren Tätigkeiten, so dass einige dort, wo es die Datenlage zulässt, auch einen quartären oder sogar quintären Sektor unterscheiden (►► Beiträge Plattner, S. 34; Fromhold-Eisebith/Schrattenecker, S. 38). Damit gekoppelt ist auch der Wandel der sozialrechtlichen Gliederung der Erwerbsbevölkerung ⑩. Der Anteil der Hilfs- und angelernten Arbeiter geht deutlich zurück, der Anteil der Facharbeiter bleibt konstant, während die Zahl der Angestellten stark ansteigt und auch die der Beamten leicht expandiert. Widersprüchlich ist dagegen der Trend bei den Selbstständigen: Expansion und Rückgang treten gleichzeitig auf (►► Beiträge Bögenhold/Fachinger, S. 40; Leneke u.a., S. 70).

Der Kontroll- und Lenkungsverlust der Nationalstaaten, der eine weitere Beschleunigung räumlicher Arbeitsteilungen über Staatsgrenzen hinweg ermöglicht, ist eine weitgehend externe Größe, die sicherlich mit Gesellschaft und Produktion zusammenhängt, aber auch deren Entscheidungsmöglichkeiten partiell entzogen ist. Die Zusammenhänge zwischen den Bereichen Produktion und Gesellschaft sowie den vermittelnden Institutionen sind jedenfalls zahlreich und komplex. Die Erwerbsarbeit wird davon erheblich beeinflusst, gleichzeitig stellt sie aber auch eine

Schlüsselkategorie dar, anhand derer diese Zusammenhänge demonstriert werden können. Die Komplexität bedingt jedoch, dass die politische Gestaltbarkeit – insbesondere der Nationalstaaten – nachlässt. Am Beispiel der Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit zeigt sich sehr deutlich, wie schwierig es ist, den Arbeitsmarkt von staatlicher Seite aus positiv zu beeinflussen (►► Beiträge Gohrbandt/Weiss, S. 68; Beitrag Leneke u.a., S. 70).

Flexibilisierung, Differenzierung, De- und Reregulierung und Re-Scaling
Der Strukturwandel der Erwerbsarbeit ist ein komplexer Prozess, der – je nach Blickwinkel – aus einer Vielzahl von sich überlappenden Teilprozessen besteht. In der hier eingenommenen Perspektive, die die Erwerbsarbeit im Schnittfeld von Produktion und Gesellschaft platziert, sind vor allem Flexibilisierung, Differenzierung, De- und Reregulierung sowie Re-Scaling hervorzuheben.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung und im Zusammenhang mit neuen Produktionskonzepten, neuen Organisationsformen und neuen Managementpraktiken ist die Organisation der Produktion flexibler und damit komplexer geworden, und zwar auch in räumlicher Sicht (►► Bd. 8 „Unternehmen und Märkte“). Aus einer Makroperspektive heraus beurteilt, werden diese Prozesse häufig und entpolitisiert als „technischer und sektoraler Wandel“ bezeichnet. Für den Einzelnen kann Flexibilisierung eine Zunahme an räumlicher Mobilität (►► Beitrag Behnen/Ott, S. 56) ⑩, eine Auflösung starrer Arbeitszeitkonzepte und ein erweitertes Spektrum an innerbetrieblichen Einsatzmöglichkeiten, aber auch eine höhere Beschäftigungsunsicherheit bedeuten (►► Beiträge Albrecht, S. 50 und 54). Flexibilität soll aber auch das Gründen von neu-

en Unternehmen ermöglichen. Von jungen Unternehmen wird erwartet, dass sie die sich bietenden wirtschaftlichen Nischen flexibel ausnützen, damit neue Arbeitsplätze schaffen sowie die regionale Entwicklung und den strukturellen Wandel unterstützen (►► Beiträge Schmude/Wagner, S. 72; Schmude/Uebelacker, S. 74).

Als zweiter wesentlicher Leitbegriff ist die gesellschaftliche Differenzierung anzuführen, die gleichzeitig als Ergebnis und als Bedingung der wirtschaftlichen Flexibilisierung anzusehen ist. Längst ist das „Normalarbeitsverhältnis“ nicht mehr normal, die klassische Aufteilung in Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbstständige hat an Bedeutung verloren. Heute kann die Erwerbsarbeit nach einer Vielzahl möglicher Modelle ablaufen, als Voll- oder Teilzeitarbeit, mit Jahres- oder Lebensarbeitszeitkonto, als Heim- oder Telearbeit (►► Beitrag Breidenbach/Rauh, S. 60), als selbstständige Arbeit mit Verkaufsförderung im Internet oder als abhängige Arbeit im Call Center (►► Beitrag Grzemski, S. 62). Die gesellschaftliche Differenzierung hat viele verschiedene Dimensionen, die mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedürfnissen hinsichtlich der Verfügbarkeit der Arbeitskraft einhergehen (►► Beiträge Albrecht, S. 50).

So sind industrielle und postindustrielle Gesellschaften immer weniger durch homogene Schichten geprägt. Ökonomische Ressourcen spielen zwar weiterhin für die gesellschaftliche Differenzierung eine große Rolle, daneben gewinnen aber neue Differenzierungsmerkmale an Bedeutung. Industrielle und postindustrielle Gesellschaften differenzieren sich nach klassischen demographischen Merkmalen wie Alter und Geschlecht, nach bildungs- und qualifikationsbezogenen Kriterien, nach räumlichen Kontextmerkmalen wie Distanz zum nächsten zentralen Ort oder Siedlungstyp sowie nach Haushaltsformen und Lebensstilen. Arbeitsmärkte lassen sich daher nicht mehr schlicht als der Ort, an dem Angebot und Nachfrage aufeinander treffen, interpretieren. Und es ist ebenso oberflächlich anzunehmen, alle potenziellen Arbeitskräfte zeigten ein homogenes Erwerbsverhalten und seien durch Lohnhöhe in die eine oder andere Richtung zu lenken. In den theoretischen Konzepten der Arbeitsmarktforschung müssen sowohl die zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft und der Arbeitsmärkte wie auch die Ursachen und Auswirkungen räumlicher Disparitäten stärker berücksichtigt werden. Arbeitsmärkte für hoch und niedrig Qualifizierte (►► Beitrag Pethe, S. 104), für In- und Ausländer (Beiträge Gaeb/Plahuta; S. 98; Pütz, S. 102), für Saisonarbeitskräfte (►► Beitrag Becker/Heller, S. 106) sowie für dauerhaft Anwesende und viele andere mehr sind zu unterscheiden. Differenzierte Arbeitsmärkte erfordern differenzierte Analysen.

Als dritter wichtiger Prozess, der besonders die institutionellen Rahmen-

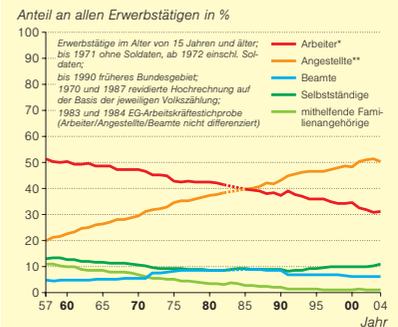


Erwerbsarbeit sichert Einkommen und ermöglicht einen darauf abgestimmten Lebensstandard.

bedingungen des Arbeitsmarktes betrifft, ist die De- und Reregulierung zu nennen. Sie steht in enger Wechselwirkung mit Prozessen der produktionsorientierten Flexibilisierung und der gesellschaftlichen Differenzierung und hat Änderungen in der Verteilung von Kompetenzen (Zuständigkeiten des Nationalstaats, der EU etc.) zum Inhalt. Über De- und Reregulierung werden die Steuerungs- und Koordinationsformen verändert, die der Organisation von Arbeit und der Verteilung des daraus resultierenden gesellschaftlichen Wohlstands zu Grunde liegen. Damit sind die Akteure und Akteursgruppen angesprochen, die an der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen mitwirken. Neben Unternehmen und anderen Arbeitgebern sowie den Arbeitnehmern sind auch der Staat sowie Arbeitgeberverbände, Kammern, Gewerkschaften und weitere Nichtregierungsorganisationen beteiligt (►► Beiträge Heeg, S. 64; Fuchs, S. 66). Ihre Rollen und die zwischen ihnen bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind allerdings im Wandel begriffen. Dieser Wandel der institutionellen Arrangements beinhaltet neben einer Neuordnung der Arbeitsbeziehungen im engeren Sinne auch Reformen und veränderte (Wert-) Vorstellungen in Bezug auf die Rolle →

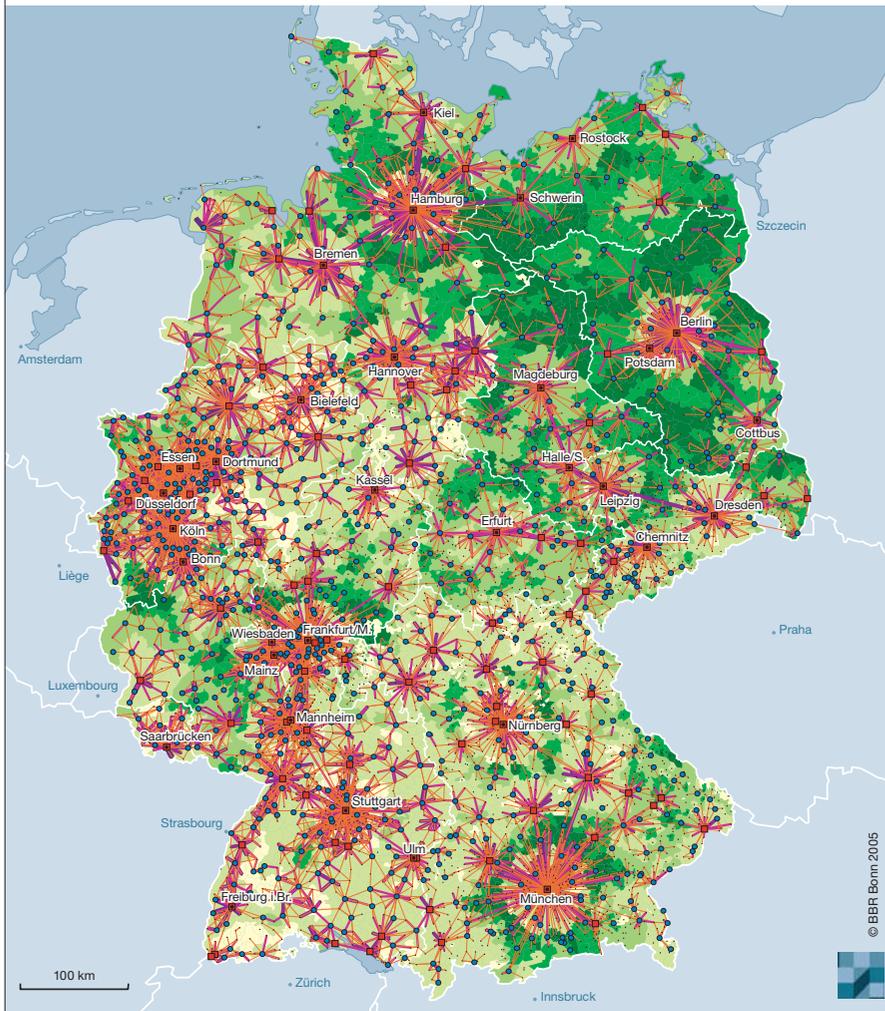
13 Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf 1957-2004

Ergebnisse des Mikrozensus

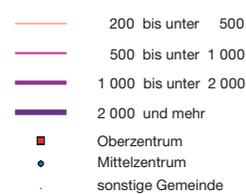


* einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen
** einschl. Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen

© Leibniz-Institut für Länderkunde 2005



Pendlerverflechtungen zwischen Gemeinden nach der Anzahl der Pendler 2003



Anteil der Pendler mit mehr als 50 km Pendeldistanz an allen SV-Beschäftigten 2003 in % nach Verbandsgemeinden*



* Zur besseren Vergleichbarkeit werden die Daten auf der Ebene von Gemeinden und Gemeindeverbänden dargestellt (z.B. Ämter in Schleswig-Holstein, Samtgemeinden in Niedersachsen, Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz, Verwaltungsgemeinschaften in Baden-Württemberg). Hier wird die Bezeichnung Verbandsgemeinden verwendet.

und Funktion der sozialen Sicherungssysteme und der staatlichen Transferleistungen (► Beitrag Klage, S. 112).

Schließlich gehen die skizzierten Veränderungen mit vielfältigen Verschiebungen zwischen verschiedenen geographischen Maßstabsebenen einher und

werden teilweise erst durch diese ermöglicht. Hier ist beispielsweise der wachsende Einfluss supranationaler Organisationen (z.B. der EU) auf nationale und regionale Arbeitsbeziehungen zu nennen. Dieser, in der Literatur als *Rescaling* bezeichnete Prozess verläuft quer

zu den drei anderen und ist konstitutiv für Veränderungen von Produktionsstrukturen, Wissensnetzwerken, Arbeitsmärkten, Steuerungsmechanismen etc. Die Verschiebungen zwischen den geographischen Maßstabsebenen drücken sich in einem Wandel der räumli-

chen Arbeitsteilung aus, der in weiterer Folge regionale Disparitäten ausbaut oder abschwächt, transnationale Arbeitsmärkte verändert und mit der Verlagerung von Produktionsstandorten einhergeht (► Beitrag Harms, S. 76).

Einkommen und Lebensstandard

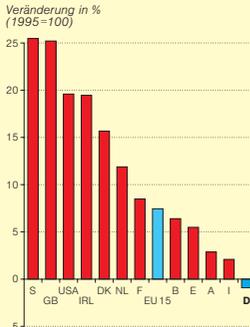
Einkommen und Lebensstandard stellen den zweiten Schwerpunkt des vorliegenden Bandes dar. Eine Reihe von Beiträgen befasst sich mit den unterschiedlichen Dimensionen von Einkommen, mit der regionalen Verteilung der „Reichen“ und der „Armen“ sowie mit Indikatoren des Lebensstandards. Dabei wird argumentiert, dass Lebensstandard nicht nur eine Frage des Besitzes und des Konsums ist, sondern sich auch aus der Attraktivität des räumlichen Kontextes auf der Ebene der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der alltagsweltlich erlebten Region ergibt.

Konzeptionelle Verknüpfung 18

Die Einkommen, über die die Haushalte verfügen, werden für den Konsum wieder ausgegeben. Die Konsumentscheidungen sind dabei einerseits vom verfügbaren Haushaltseinkommen abhängig und andererseits von gesellschaftlichen Normen und individuellen Präferenzen. Einkommen und Konsumstandards sind aufeinander bezogen. Wer wenig hat, kann nicht viel ausgeben, und wer viel Einkommen hat, demonstriert dies häufig auch über eine entsprechende Symbolik. Im Allgemeinen wird eine Statuskonsistenz angestrebt.

Die Haushaltseinkommen und damit die sozial bestimmten Konsumentscheidungen werden abermals und zusätzlich durch die politische Sphäre reguliert. Dies geschieht direkt, indem die öffentliche Hand Steuern mit unterschiedlicher Progression erhebt, oder indirekt, indem sie soziale Transfers von der Höhe des Erwerbseinkommens abhängig macht. Sie bestimmt damit das Spektrum an möglichen Konsumentscheidungen und in weiterer Folge die Höhe des Lebensstandards. Auf der anderen Seite beeinflussen öffentliche Institutionen auch das konsumrelevante Werte- und Normengefüge der Gesellschaft. Dies gilt insbesondere dann, wenn neben der öffentlichen Hand, also dem Staat, auch Institutionen wie Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Vereine wie Amnesty International, Greenpeace, die Rotarier oder Lions etc. betrachtet werden. Sie vermitteln Maßstäbe und Referenzen über das, was als Lebensstandard in sozialen Gruppen als angemessen oder sogar notwendig angesehen wird.

15 Ausgewählte Staaten
Veränderung des Reallohns
1995-2004



© Leibniz-Institut für Länderkunde 2005

Im Schnittfeld dieser Abhängigkeiten und Zusammenhänge unterliegen die Konsummuster und -präferenzen – ebenso wie die Strukturen der Erwerbsarbeit – einem kontinuierlichen Wandel. Hierfür sind neben der im Folgenden näher erläuterten Spreizung der Einkommen auch die Veränderung von Umverteilungsmechanismen (z.B. Hartz IV, **Beitrag Bode, S. 22**) und die Ausdifferenzierung von Lebensentwürfen und -vorstellungen verantwortlich **18**.

Wachsende Einkommensdifferenzierung

Vor dem Hintergrund der Flexibilisierungsdebatte, der Öffnung der Märkte und der begrenzten Kontroll- und Lenkungsfunktion nationalstaatlicher Interessenvertretungen haben sich die Einkommen sehr unterschiedlich entwickelt (**Beitrag Kawka, S. 108**).

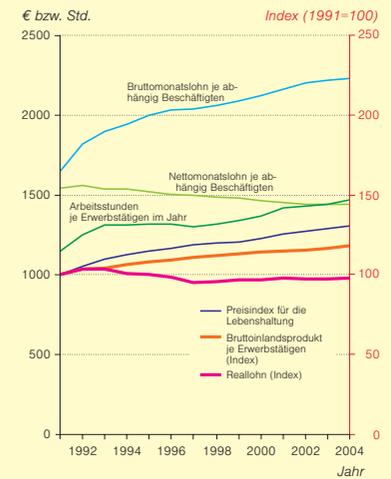
Insbesondere bei den Rentnern sowie bei jenen Arbeitnehmergruppen, die einfache Tätigkeiten ausüben und einem nationalen oder sogar internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, nehmen die Einkommen nur wenig zu (**Beitrag Knies/Krause, S. 118**). Mit dem Hinweis, dass bei hohen Lohnzuwächsen die eine oder andere Branche abwandern könnte, wird eine hohe Disziplin bei Lohnabschlüssen erreicht. Diese Argumentation wird nicht nur politisch eingesetzt, sondern Verlagerungen von Produktionen oder Produktionsteilen in Niedriglohnregionen finden tatsächlich laufend statt. Umgekehrt gelingt es den qualifizierten Arbeitnehmergruppen insbesondere im oberen Managementbereich, nicht nur hohe Einkommen zu erzielen, sondern auch deren Steigerung zu dynamisieren. Die Spreizung zwischen hohen und niedrigen Löhnen wird immer deutlicher erkennbar.

Gleichzeitig ist die Zahl der armen bzw. auf Sozialhilfe angewiesenen Haushalte seit 1991 deutlich gestiegen **7**. Armut ist sehr schwer zu definieren und wird meistens relativ gemessen. In der Regel werden Statistiken und nationale Mittelwerte des in einer Gesellschaft üblichen Lebensstandards als Vergleichswerte herangezogen, um den Anteil an Armen zu bestimmen. Wie sensitiv diese Aussagen aber sind und wie sie sich in Abhängigkeit vom jeweiligen Mittelwert grundsätzlich verändern, zeigt die Analyse von **Redepenning/Margraf (S. 114)**. In diesem Beitrag wird auch die im deutschen Kontext relativ neue Problematik der erwerbstätigen Armen, der so genannten Working Poor, thematisiert. Die Analyse zeigt, dass Arbeit zwar gegen Armut schützt, dass es aber immer schwieriger wird, mit nur einem Haupteinkommen den Haushalt „über die Runden“ zu bringen, insbesondere



Einkommen und Konsum sind aufeinander bezogen ...

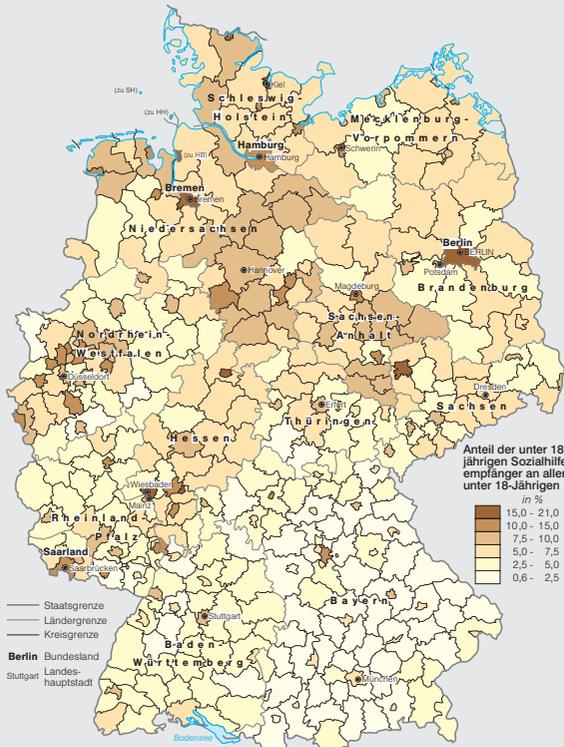
16 Reallöhne und Arbeitsproduktivität
1991-2002



© Leibniz-Institut für Länderkunde 2005

dann, wenn Arbeitslosigkeit, Krankheit oder außergewöhnliche Ereignisse zu bewältigen sind. In kinderreichen Familien treten solche außergewöhnlichen Belastungen häufiger auf, denn medizinische Betreuung oder

17 Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen 2002
nach Kreisen

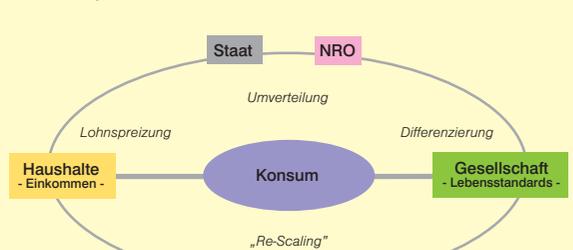


Autoren: E. Gohrbandt
G. Weiss

© Leibniz-Institut für Länderkunde 2005

0 25 50 75 100 km
Maßstab 1: 6000000

18 Konzeptioneller Rahmen von Einkommen und Lebensstandard



© Leibniz-Institut für Länderkunde 2005

Autorin: B. Klügge

Betreuung von Leistungsempfängern von Arbeitslosengeld II im September 2005 nach Kreisen

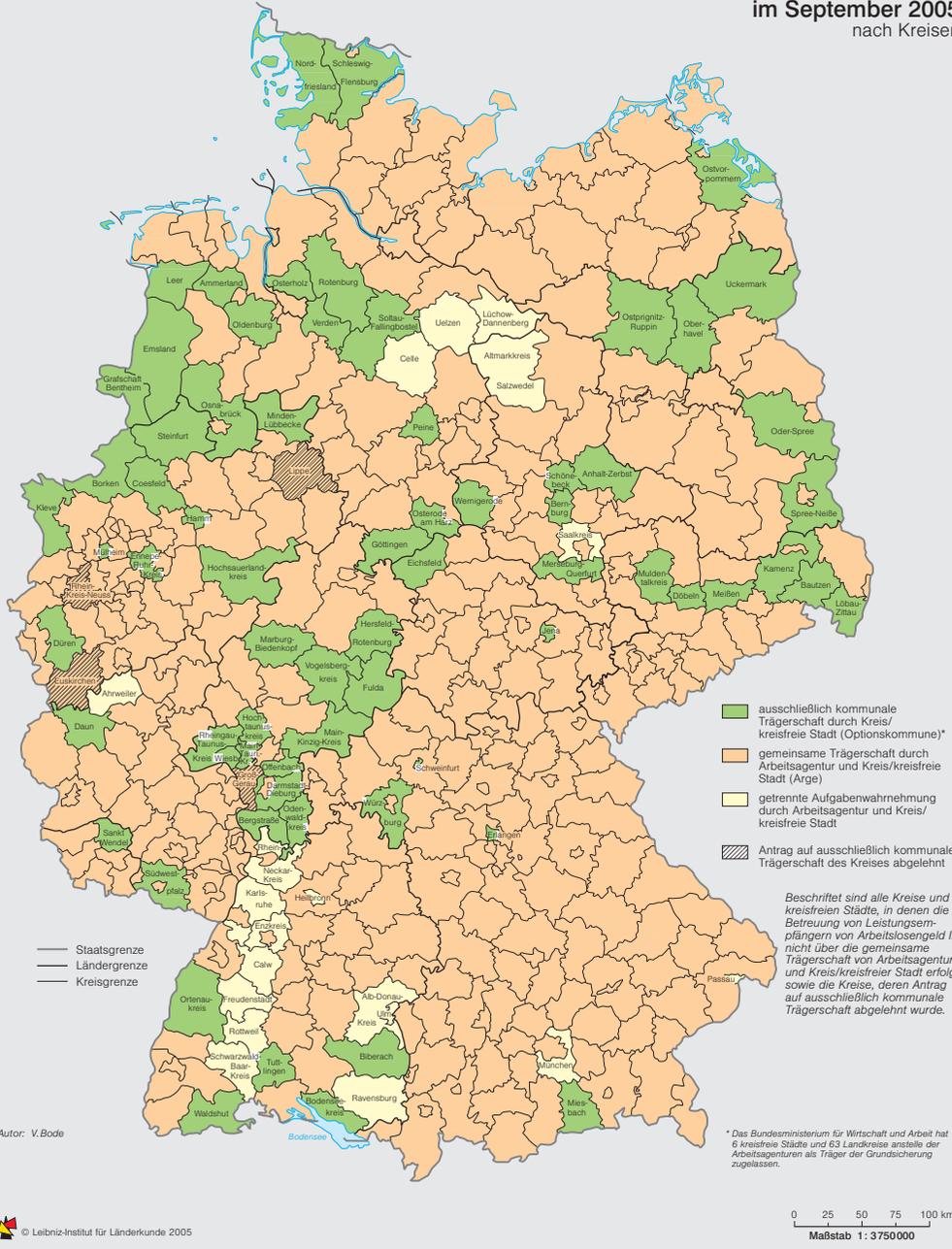
Hartz IV – Arbeitslosengeld II und Sozialgeld 20

Völker Bode

Im Auftrag der Bundesregierung entwickelte die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ unter dem Vorsitz von Peter Hartz ein Konzept zur Arbeitsmarktreform. Danach ist mit Inkrafttreten des vierten Gesetzes – Hartz IV – zum 1. Januar 2005 die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II (ALG II) zusammengelegt worden. Das ALG II hat die bisherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe ersetzt. Die entsprechenden Bestimmungen sind im Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) geregelt. Danach müssen ALG II-Empfänger in Deutschland leben, zwischen 15 und 64 Jahre alt sein und mindestens drei Stunden täglich arbeiten können. Unter diesen Voraussetzungen erhalten die bisherigen Arbeitslosengeldempfänger, die erwerbsfähigen Sozialhilfempfänger und die Erwerbstätigen mit geringen Einkommen ALG II. Personen, die nicht erwerbsfähig sind und in einer Bedarfsgemeinschaft mit Empfängern von ALG II leben, erhalten Sozialgeld; dies sind vor allem minderjährige Kinder. Das ALG II ist anders als das Arbeitslosengeld I keine Versicherungsleistung, sondern eine „aus Steuermitteln finanzierte Fürsorgeleistung“ (BPA). Bei der Bemessung der Bedürftigkeit für ALG II und Sozialgeld werden gemeinsame Einkünfte und Vermögen der Bedarfsgemeinschaft zu Grunde gelegt. Für bedürftige Menschen wie z.B. Rentner, in Einrichtungen betreute Menschen und längerfristig Erkrankte besteht auch weiterhin Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe nach dem SGB XII.

Das Ausmaß der Bedürftigkeit

Im März 2005 gab es in Deutschland 3.548.288 Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach dem SGB II erhielten, da sie ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Kraft bestreiten konnten. Im Einzelnen betraf dies 6.470.249 Menschen, von denen 4.785.943 ALG II und 1.684.306 Sozialgeld bekamen. Setzt man alle 15- bis 64-Jährigen – also die potenziellen ALG II-Empfänger – in Beziehung zu den tatsächlichen ALG II-Empfängern, so ergibt sich für März 2005 eine durchschnittliche ALG II-Quote von 8,6%. Damit erhielt umgerechnet fast jede zwölfte Person dieser Altersgruppe in Deutschland ALG II. Wie wenig aussagefähig dieser Durchschnittswert jedoch für die gesamte deutsche Situation ist, wird daraus deutlich, dass lediglich die drei niedersächsischen Landkreise Lüneburg, Schaumburg und Hildesheim diesen Wert abbilden. Die niedrigsten Werte von unter 2% werden in den bayerischen Landkreisen Aichach-Friedberg, Starnberg, Weilheim-Schongau, München, Ebersberg, Miesbach, Freising und Eichstätt erreicht. Im Kontrast zu diesen Wohlstandsregionen existieren in Ostdeutschland regelrechte Armutsregionen mit hoher und flächendeckender Langzeitarbeitslosigkeit. In den Landkreisen Uecker-Randow, Demmin, Görzitz und Aschersleben-Staßfurt werden extrem hohe ALG II-Quoten von über 20% erreicht, so dass dort umgerechnet jeder fünfte Einwohner zwischen 15 und 64 seinen Lebensunterhalt von ALG II bestreitet. Der Anteil der Sozialgeldempfänger an allen Leistungsempfängern nach SGB II beträgt durchschnittlich 26% (2005), was speziell die Kinderarmut als ein flächendeckend verbreitetes gesamtdeutsches Problem ausweist. Beachtlich ist, dass die 288 Kreise, in denen dieser Durchschnittswert übertroffen wird, ausschließlich in der alten Bundesrepublik liegen.



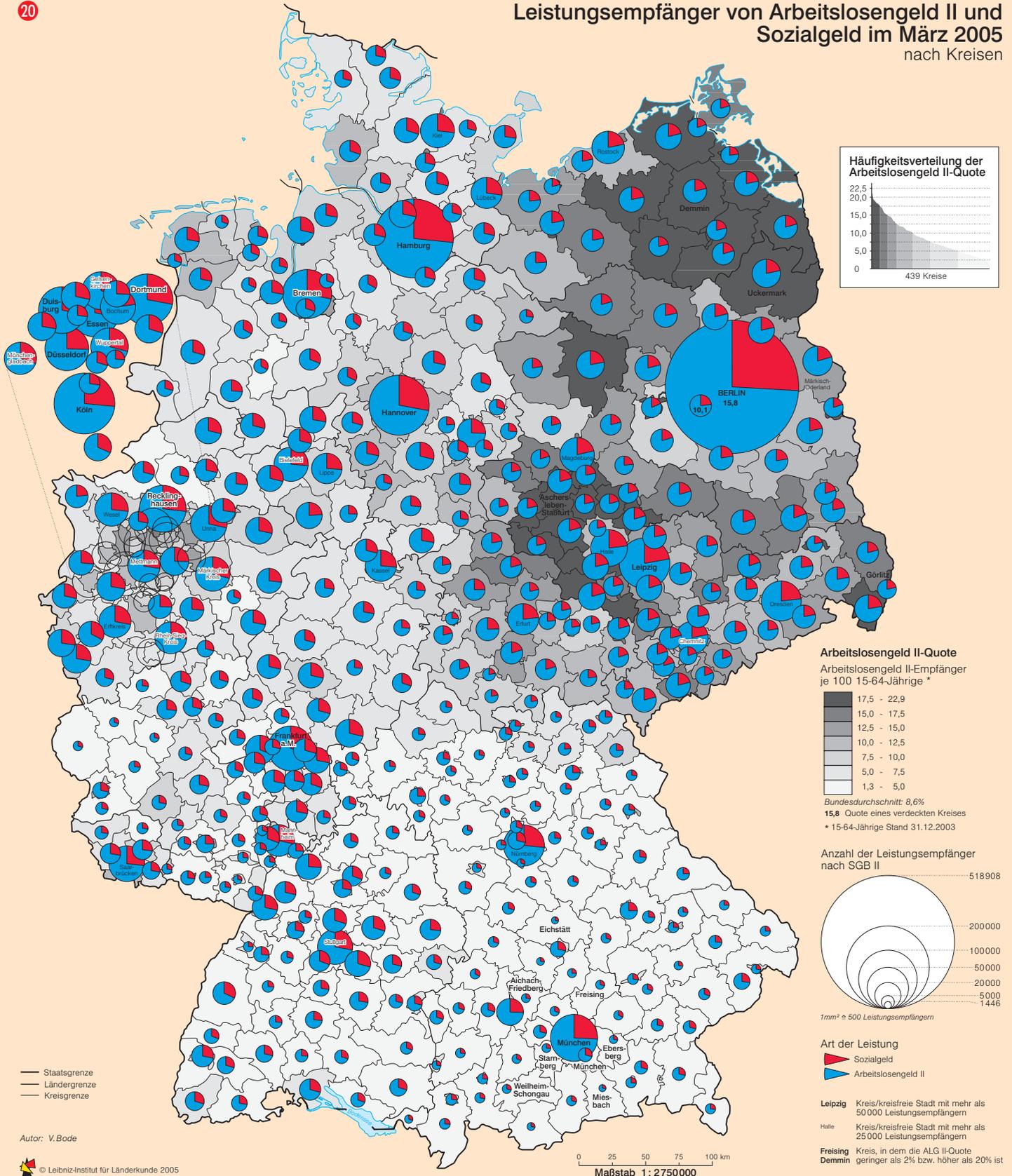
schulische Ausgaben werden immer wieder fällig (► Beitrag Gohrbandt/Weiss, S. 120). Dies führt im Extremfall zur privaten Insolvenz, auch wenn die Häufigkeit der angemeldeten Insolvenzverfahren bei weitem nicht die reale Situation von Verschuldung und Armut widerspiegelt (► Beitrag Bäckert/Lechner, S. 116). Erst mehrere

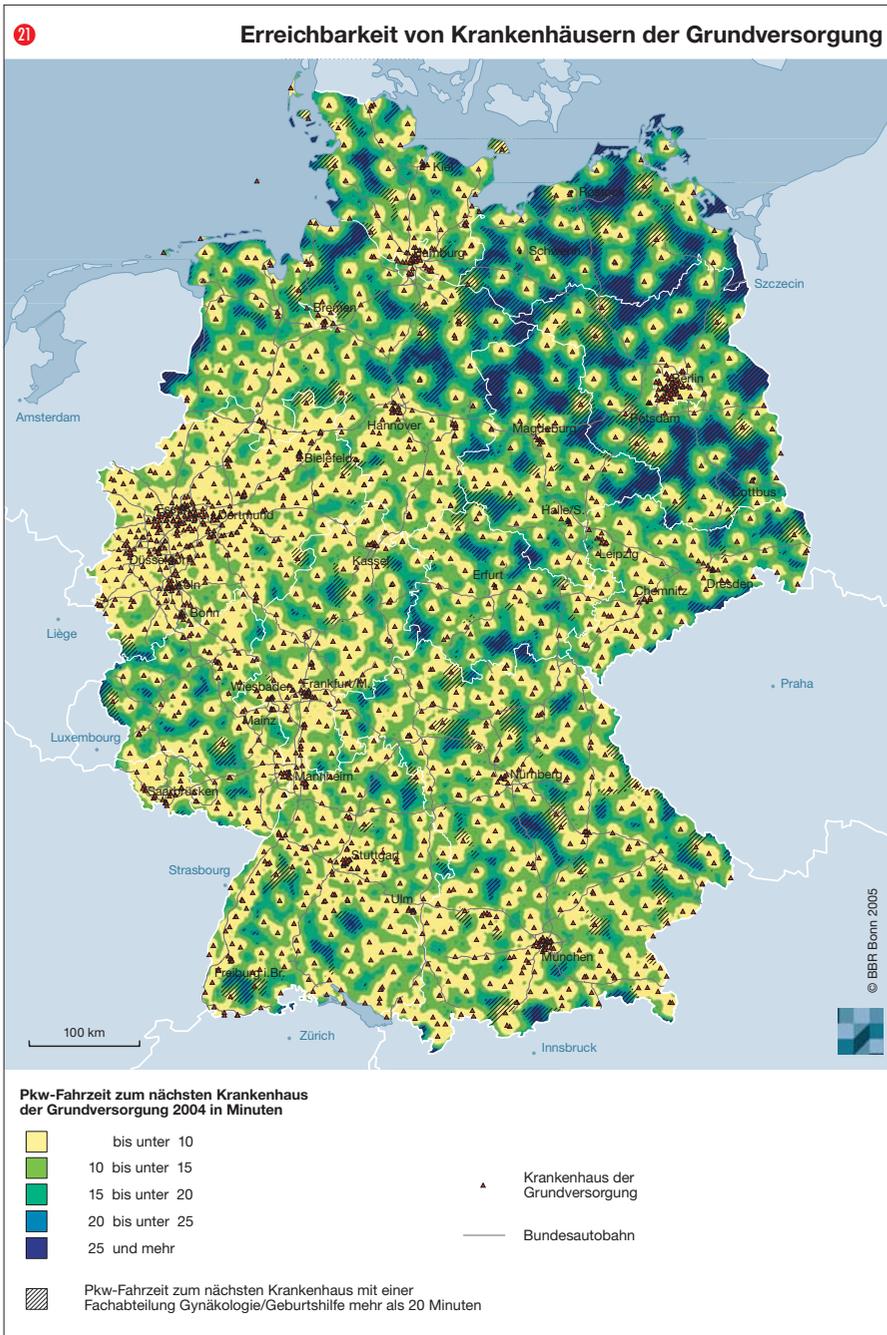
Einkommen reduzieren die Wahrscheinlichkeit der Armut trotz Erwerbstätigkeit.

Je nach Armutsdefinition waren in Deutschland im Jahr 2003 zwischen 2,8 (Zahl der Sozialhilfeempfänger) und 11 Mio. Menschen (Personen in Haushalten mit Einkommen unterhalb von 60% des Durchschnitts), in jedem Fall

aber über 3% der Bevölkerung von Armut betroffen. Armutsgefährdet sind besonders Haushalte mit Alleinerziehenden, meistens Frauen, umso mehr, wenn diese arbeitslos sind (► Beitrag Hafner/Schier, S. 94), kinderreiche Familien (► Beitrag Unger, S. 122) sowie Haushalte mit einem ausländischen Hauptverdiener, der einen un-

Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld im März 2005 nach Kreisen





ungefähr von einer Versechsfachung der Zahl der Einkommensmillionäre ausgehen. Die regionale Einkommensverteilung (► Beitrag Kawka, S. 108) und die Wohnorte der Reichen (► Beitrag Kazig/Temme, S. 110) weisen dabei ein charakteristisches Bild auf. Dieses regionale Muster ist gekoppelt an die bereits vorgestellten Strukturen des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit. Reichtum und Wohlstand sind in den deutschen Großstadregionen zu Hause, nicht unbedingt in den Kernstädten und seltener in den neuen Ländern, aber dafür umso deutlicher in den Metropolregionen Hamburg, Frankfurt und München.

Umweltqualität und Wohnversorgung können kompensieren

Diese Metropolregionen Deutschlands sind – abgesehen vom Ruhrgebiet und der Hauptstadt Berlin mit ihren spezifischen Transformationsproblemen – die Wachstumspole der nationalen Wirtschaft und gleichzeitig die Orte mit relativ geringer Arbeitslosigkeit, mit Beschäftigtenwachstum und mit überdurchschnittlich hohen Einkommen. Ökonomisch und sozial sind die Metropolregionen also bevorzugt, während sie hinsichtlich der Wohnversorgung und Umweltqualität benachteiligt sind. Wohnungen und Häuser kosten in den Metropolregionen viel mehr als in peripher gelegenen Gebieten der Bundesrepublik und in den ostdeutschen Schrumpfungsregionen. Haushalte verdienen zwar in den Metropolregionen mehr, müssen aber auch mehr für das Wohnen bezahlen oder können pro Kopf nur eine geringere Wohnfläche mieten oder kaufen (► Beitrag Prey/Scherdin, S. 124).

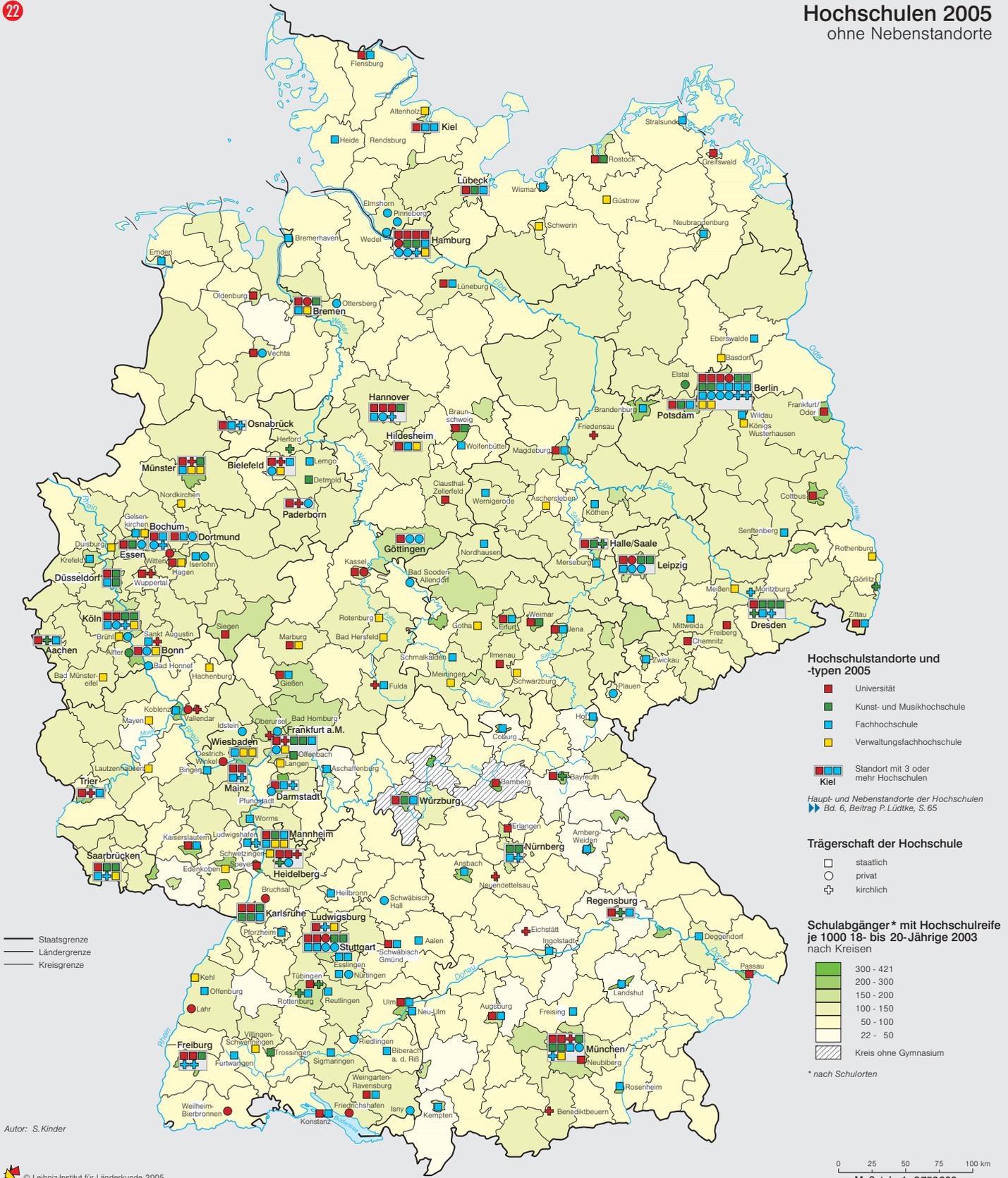
Ähnliches zeigt sich bei der subjektiv wahrgenommenen Wohnqualität und Wohnzufriedenheit. Befragungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR 2003a) zeigen eine kontinuierliche Zunahme der Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung und dem Wohnumfeld in den neuen Ländern, während in den westdeutschen Ländern der Anteil der Zufriedenen gleich bleibt. Im Unterschied zur Arbeitsmarktsituation ist dabei eine deutliche Konvergenz zu beobachten. Zufriedener sind auch die Bewohner der Stadtrandbereiche im Vergleich zu den Bewohnern der Kernstädte. Hohe Zufriedenheit mit dem Leben in der Region empfinden aber auch die Bewohner ländlicher Räume im Süden, Südwesten und Nordwesten Deutschlands. Das Stadt-Land-Muster, die West-Ost- oder auch Nord-Süd-Disparitäten lösen sich auf und weichen einem komplexen Muster an Zufriedenheit und an

sicheren Aufenthaltsstatus hat. Gerade in diesen Haushalten gibt es besonders viele Kinder, so dass Kinder zu den am stärksten armutsgefährdeten Gruppen in Deutschland gehören (17). Die regionale Differenzierung von Armut bzw. Sozialhilfebezug zeigt ein großräumiges Nord-Süd-Gefälle, das in erster Linie die regionalen Disparitäten der Lang-

zeitarbeitslosigkeit widerspiegelt. Darüber hinaus ergeben sich jedoch in Abhängigkeit vom Regions- und Kreistyp sowie der betrachteten Gruppe weitere Differenzierungen (► Beitrag Klagge, S. 112).

Parallel zum Anstieg der Armut nahm auch die Zahl der „Reichen“ zu. Die Zahl der so genannten D-Mark-Ein-

kommensmillionäre, d.h. jener Personen, deren Jahreseinkommen die Million übersteigt, hat sich zwischen 1961 und 1998 verzehnfacht, wobei zu berücksichtigen ist, dass sich in diesem Zeitraum der Wert einer Million um mehr als ein Drittel verringert hat. Doch selbst wenn man den Wertverlust des Geldes berücksichtigt, kann man



Hochschulstandorte und -typen 2005

- Universität
- Kunst- und Musikhochschule
- Fachhochschule
- Verwaltungsfachhochschule
- Standort mit 3 oder mehr Hochschulen
- Kiel

Haupt- und Nebenstandorte der Hochschulen
 ▶ Bd. 6, Beitrag P. Lütke, S. 65

Trägerschaft der Hochschule

- staatlich
- privat
- kirchlich

Schulabgänger* mit Hochschulreife je 1000 18- bis 20-Jährige 2003 nach Kreisen

- 300 - 421
- 200 - 300
- 150 - 200
- 100 - 150
- 50 - 100
- 22 - 50
- Kreis ohne Gymnasium

* nach Schulorten

- Staatsgrenze
- Ländergrenze
- Kreisgrenze

Autor: S. Kinder



Der Wunsch nach einem Eigenheim ist nach wie vor sehr groß.

empfundener Benachteiligung bzw. Bevorzugung (► Beitrag Kabisch/Wagner, S. 126). Dazu tragen sowohl die Umweltqualität (► Beitrag Hipp/Weiland, S. 130) wie auch die subjektiv wahrgenommene Sicherheit bzw. Kriminalität bei (► Beitrag Belina/Rolfes, S. 134).

Umwertung und Infrastruktur

Trotz der Internationalisierung der Wirtschaft und einer gewissen Konvergenz wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen innerhalb der EU, aber auch in Konkurrenz zu den USA und Japan gelingt es noch immer, ein „Europäisches Sozialstaatsmodell“ zu erhalten. Einen wesentlichen Bestandteil dieses Modells stellt die Umverteilung dar. Über einkommensabhängige und progressive Steuertarife werden finanzielle Mittel von den gut Verdienenden zu den sozial Bedürftigen transferiert oder Infrastrukturen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Das verändert die Voraussetzungen für den Massenkonsum und damit die Möglichkeiten breiter Bevölkerungsgruppen, einen bestimmten Lebensstandard zu erreichen. Auch wenn dieses Sozialstaatsmodell im Zuge der gegenwärtig beobachtbaren Liberalisierungstendenzen Brüche und Risse erfahren hat und kaum noch zu finanzieren ist, so ist es im Grundsätzlichen weiter gültig (► dazu die Ausführungen zur Reform von Arbeitslosigkeit II und Sozialgeld, der so genannten Hartz IV-Reform (► 20)).

Was auf der Ebene der individuellen Einkommensbezieher gilt, besitzt auf der Ebene der Gemeinden eine Entsprechung. Staatliche Transferleistungen zwischen den Ländern und den Kommunen helfen, gemeindliche Einnahmedefizite auszugleichen. Es werden einerseits Schlüsselzuweisungen für die Erfüllung öffentlicher Ausgaben verteilt, bemessen nach der Steuerkraft und der durchschnittlichen Ausgabenlast der Gemeinde. Andererseits werden projektgebundene Zuweisungen und Investitionszuschüsse – kurz Zweckzuweisungen – unter Maßgabe zielgerichteter Mittelverwendung gewährt. Aufgrund der stark unterdurchschnittlichen kommunalen Steuerkraft spielen die Schlüssel- und Zweckzuweisungen in

den neuen Ländern eine besonders große Rolle. Die ausgleichenden Wirkungen der Transferleistungen helfen, die regionalen Einkommensunterschiede der Gemeinden zu nivellieren (► Beitrag Milbert, S. 138).

Die staatlichen Transfers sorgen auch dafür, dass die infrastrukturelle Ausstattung der Regionen Deutschlands deutlich geringere Disparitäten aufweist als beispielsweise die Arbeitslosigkeit oder das Einkommen. Rund drei Viertel der Bevölkerung können innerhalb einer 10-Minuten-Pkw-Fahrtzeit das nächste Krankenhaus erreichen, fast 98% bei einer 20-Minuten-Fahrtzeit (2). Die Krankenhausbettendichte je 1000 Einwohner (unter Berücksichtigung eines 50 km Einzugsbereichs) zeigt ebenfalls relativ geringe Unterschiede, und die feststellbaren Differenzen folgen weder einem Ost-West-, noch einem Nord-Süd-Gegensatz (► Beiträge Kistemann/Schweikart, S. 144; Kortevoß/Krafft, S. 146). Ähnliches gilt für das primäre und sekundäre Bildungsangebot (► Beitrag Kinder, S. 140) sowie für Einrichtungen der Hochkultur, die zwar überwiegend in zentralen Orten situiert sind, aber großräumig gesehen keine extremen regionalen Benachteiligungen erkennen lassen (► Beitrag Michel, S. 142). Auch im tertiären Bildungsbereich, also bei der Ausstattung mit Hochschulen, ist inzwischen eine gute flächendeckende und meist wohnortnahe Versorgung für alle Landesteile zu konstatieren (2). Geht es um die Versorgung von Kleinkindern und die Ganztagesbetreuung, gibt es dagegen regionale Disparitäten: Hier ist der Osten oft besser versorgt, als es die westdeutschen Kreise und Gemeinden sind (► Beitrag Besenthal u.a., S. 84).

Ausblick

Politische Maßnahmen, gleich welcher Art, müssen immer mit einer systematischen Erfassung der Realität beginnen. Eine politische Maßnahme kann nur dann zielgerichtet sein, wenn zuerst über das reale Ausmaß einer Problemsituation Klarheit besteht. Zu oft sind politische Maßnahmen „Instinktreaktionen“ charismatischer Persönlichkeiten – und nicht immer basieren sie auf einer umfassenden planerischen Analyse.

Politische Maßnahmen sind oft auch räumlich blind. Sie zielen auf einen fiktiven Mittelwert ab, auf einen Durchschnittsbürger zwischen Schleswig-Holstein und Bayern, zwischen Rügen und Freiburg. Gerade für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik zeigt jedoch

dieser Atlas, wie differenziert manche Phänomene zu sehen sind. Die räumliche Dimension ist wichtig und der räumliche Kontext in manchen Bereichen (z.B. beim Lebensstandard) die entscheidende Variable. Eine räumlich differenzierende Analyse von Mustern, funktionalen Beziehungen und Diffusionsprozessen kann bei allen Themen zum Komplex „Arbeitsmarkt und Lebensstandard“ einen zusätzlichen Erkenntnisgewinn bringen, weil sie Fragen aufwirft, Antworten bereitstellt sowie Einflussfaktoren und Wechselbeziehungen erkennen lässt, die sich einem „raumbinden“ Ansatz nicht erschließen. Im Resultat ermöglicht ein räumlich differenzierender Ansatz, finanzielle Ressourcen zielgenauer und damit wirksamer einzusetzen.

Ohne eine Analyse der räumlichen Strukturen, Repräsentationen, Beziehungsmuster und Disparitäten lassen sich viele Aspekte von Arbeitsmarkt und Lebensqualität nur unzureichend erfassen und erklären. Viele gesellschaftliche Strukturen, Prozesse, Disparitäten, Probleme und Einflussfaktoren sind überhaupt nur zu erkennen, wenn man bei der Diagnose nach dem „Wo“ fragt. Eine Nichtberücksichtigung oder Vernachlässigung der räumlichen Dimension führt bei den meisten sozial-, kultur- und wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen zu ähnlichen Defiziten wie eine Außerachtlassung der historischen Dimension. Ein weiterer wichtiger Vorteil eines räumlich differenzierenden Ansatzes besteht darin, dass eine bestimmte Fragestellung in der Regel auf unterschiedlichen Maßstabsebenen untersucht werden kann. Jede Generalisierung hat das Ziel, überflüssige (d.h. für einen bestimmten Zweck nicht benötigte oder sogar störende) Informationen wegzulassen und das Wichtige hervorzuheben. Auf jeder

Stufe der Generalisierung lassen sich neue Fragen, Antworten und Erkenntnisse ableiten, die auf den anderen räumlichen Maßstabsebenen wegen der Informationsflut oder des Informationsmangels nicht zu erkennen wären.

Neben vielen detaillierten Karten und Analysen dokumentiert der Atlas indirekt auch die Forschungsdefizite bei der Analyse von Arbeit, Einkommen und Lebensstandard. Über viele Phänomene kann der Atlas keine Karten und fundierten Aussagen präsentieren, denn es fehlen dafür die entsprechenden Grundlagen. Deutschland gehört im internationalen Vergleich zu jenen Staaten, die über eine ausgesprochen mangelhafte Daten- und Informationsgrundlage verfügen. Die Tatsache, dass Westdeutschland seit 1987 und Ostdeutschland seit 1980 keine Volkszählung und keine Arbeitsstättenzählung mehr hatten, ist nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht zu bedauern. Sie trägt außerdem zu folgenreichen Fehlentscheidungen in Politik und Wirtschaft sowie zur Verschwendung von Ressourcen bei, weil die für eine Situationsanalyse dringend benötigten Daten fehlen.

Dass die Bereitstellung detaillierter und umfassender Planungsgrundlagen in einer liberalen Gesellschaft möglich ist, zeigen die Beispiele der USA, Großbritannien, Frankreichs oder der Schweiz. Vor diesem Hintergrund verfolgt der Atlas mit den in ihm versammelten Beiträgen nicht nur das Ziel, die vorhandenen regionalen Daten zu Arbeit und Lebensstandard zu analysieren und darzustellen und damit Grundlagen für Maßnahmen zur wirkungsvolleren Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut liefern. Der Atlas soll darüber hinaus auch die in Deutschland bestehenden Datendefizite verdeutlichen und damit als Anstoß für eine Verbesserung der Datenlage dienen. ♦



Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft.